demokratisiert und parlamentarisiert, um vor Herrn Wilson in der verlangten modisch-demokratischen Frisur um „guten Frieden“ bitten zu können. Die Herren Ebert, Scheidemann und David wurden königliche, preußischen Exzellenzen, und die fernsten Blütenträume waren über Nacht gereift.

Dann kam zunächst in der Form erfolgreicher Matrosen- und Soldatenaufstände und der Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten die Revolution, die dann mit einem eleganten Griff eskamotiert wurde, und nun erlebte man die Etablierung des reinen parlamentarischen Systems in Deutschland, der „freiesten Demokratie der Welt“ mit allen Schikanen der allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Proportionalwahl für Männer und Frauen. Die ganze revolutionäre Rückständigkeit des deutschen Proletariats ist hauptsächlich auf den parlamentarischen Kretinismus zurückzuführen, in dem es ehrgeizige, unwissende und in bourgeoiser Ideologie verkommene Führer erhielten, bis es fast von keiner anderen Waffe mehr wußte, als vom Stimmzettel, bis es den Nachttopf, in den es alle fünf Jahre ein vorgedrucktes Papier legen durfte, wie einen Fetisch anbetete, bis es zugunsten seiner gewählten und mit jeder Vollmacht ausgestatteten „Vertreter“ auf den Rest eigenen Denkens, eigenen Entschließens, ja eigenen Empfindens verzichtete, bis es auf den Glauben an die Führer im August 1914 grölend, blindlings und fatalistisch in den Weltkrieg hineinstolperte.

Trotzdem hat das deutsche Proletariat wenig gelernt. Immer wieder fanden die Bonzen neue Trostgründe, immer neue Versprechungen, das sich bei richtiger Stimmzettelabgabe alles wenden müsse. Bei der Reichstagswahl z. B. 1912 stellte man den Rekord von drei Millionen sozialdemokratischer Stimmen auf mit über 80 Abgeordneten. Der „Vorwärts“ verfiel in einen Paroxismus der Begeisterung: „Unser das Reich! Unser die Welt!“ schmetternte er taumelnd. Als nun der Rekord geschlagen war mit 4½ Millionen Stimmen und 110 Abgeordneten, zeigte sich das Elend des Parlamentarismus am 4. August 1914. Als Jaurès einmal (es war auf dem internationalen Kongreß in Amsterdam 1905) den deutschen Sozialdemokraten ihre gänzliche Einflußlosigkeit trotz der gesteigerten Stimmenzahl vorhielt, erwiderte ihm Bebel: „Laßt uns erst acht oder zehn Millionen Stimmen haben, dann werden wir schon zeigen, was wir können. In Chemnitz sprach Haase denselben Gedanken aus und gab zu, daß die vier Millionen Wähler von 1912 noch gar keine positive Macht bedeuteten. Es muß weiter bedacht werden, daß um mit einer großen Stimmenzahl auftrotzen zu können, sich die Heranziehung des Bürgertums nötig machte. Wir haben alle gesehen, wieviel Konzessionen die Partei dem mit dem Kapitalismus einverstandenen Kleinbürger bei jeder Wahl machte, um seinen Zettel zu kriegen. Die Folge war natürlich, um recht viel Stimmen zu bekommen, der Verzicht auf jede Demonstrationspolitik und völliges Aufgehen in „positiver“ demokratischer Staatspolitik. Die „Eroberung der politischen Macht“ auf parlamentarischem Wege geht somit Hand in Hand mit dem Aufgeben des revolutionären Zieles, und hat, wenn sie perfekt würde, gar nicht mehr die Möglichkeit, für den Sozialismus gebraucht zu werden.

Durch die Revolution von 1918 und mit den darauffolgenden Kämpfen ist größeren Massen von Proletariern die Binde von den Augen gerissen worden. Der Rätegedanke war lebendig geworden, man erkannte den Betrug des parlamentarischen Kuhhandelns, der Arbeitsgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit. Und wenn heute nach 10 Jahren der Revolution das Proletariat einen Rückblick hält, was ihm die Demokratie gebracht hat, so kann die Antwort nur sein: Verschärfte Ausbeutung, ständige Arbeitslosigkeit, Not und Elend. Das deutsche Proletariat muß sich wieder der wirklichen revolutionären Parole besinnen, die ihm den Ausweg zeigt aus all dem Elend: Alle Macht den Räten! und keine Beteiligung an der bürgerlich-demokratischen Parlamentswahl.

Was geht in Rußland vor?

In letzter Zeit spielt die Frage der Politik Rußlands in der proletarischen Oeffentlichkeit wieder eine besondere Rolle. Der äußere Anstoß ist eine angeblich aufgedeckte Verschwörung im Donezbecken, die an diese Verschwörung knüpfende Verhaftungen konterrevolutionärer Ingenieure: — und daneben liest man auch von Verhaftungen widerspenstiger Bauern. Das alles bekommt eine bestimmte Bedeutung im Zusammenhang mit dem sogenannten „Linkkurs“. Die Opposition um Scholem und Ruth Fischer ist besonders stolz darauf, auf diese Gefahren schon hingewiesen zu haben. Nur greift die russische Regierung ihrer Meinung nach noch lange nicht scharf genug zu. — Es ist ganz klar, daß die Verhaftungen rev. Gruppen und ihre Verbannung nach Sibirien gewissermaßen „aufgewogen“ werden sollen. Man kann also zusammenfassend sagen: es wird verhaftet rechts, es wird verhaftet links, und der einfältige Spießer sieht hier wieder sein Ideal verwirklicht: daß der Staat zwischen den Klassen steht, nach rechts und nach links gerecht seine Hiebe austeilt, und man so sich eigentlich über die russische Regierung gar nicht beschweren könnte. — Dem allen Leuten recht getan, ist doch nun einmal eine Kunst, die niemand kann.

Das revolutionäre Proletariat kann sich mit derartigen Plattheiten nicht begnügen. Verhaftungen sind noch lange kein Beweis dafür, daß die Regierung einen Kampf gegen die Klasse kämpft, aus der sie Verhaftungen vornimmt. Die deutsche Regierung muß in letzter Zeit dazu übergehen, die zu pfändenden Bauernhöfe durch ihre Ordnungstruppen in die Hände des Gerichtsvollziehers zu liefern. Das ist aber noch lange kein Kampf gegen die agrarische Konterrevolution. Die Tatsache ist vielmehr die, daß die Agrarkrise die weniger leistungsfähigen Bauern verschlingt. Die Großbauern nützen die reaktionäre Ideologie der Untergehenden aus und peitschen sie zu einem Kampf gegen die Regierung.

Die Großbauern wollen erreichen, daß der gesamten Landwirtschaft Privilegien in Gestalt von Steuererleichterungen, Krediten usw. eingeräumt werden. Infolge der Differenzierung auf dem Lande und infolge der Ueberlegenheit des Großgrundbesitzes werden auch diese Kredite in den der Besitzverhältnissen entsprechenden Proportion verteilt. Unter diesen Bedingungen hört der Kampf der überlegenen Großbauern gegen die Kleinbauern nie auf. Das Schicksal der Kleinbauern ist das Hinabgestoßenwerden ins Proletariat. Die Kleinbauern holen nur die Kastanien aus dem Feuer für die großen Hyänen. Wenn die Regierung nun trotzdem gezwungen ist, ihre staatlichen Machtmittel einzusetzen, um die Kleinbürger, die sich gegen die Proletarisierung wehren, in den Abgrund zu stoßen, so ist das wirklich keine rev. Tat, sondern es entspricht das einer zwangsläufigen Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse.

In Rußland liegen die Verhältnisse ähnlich. Die russische Regierung muß sich auf die Großbauern stützen. Die Großbauern allein können Getreideüberschüsse liefern. Die Großbauern allein können Reichtum anhäufen. Die russische Regierung muß die Kapitalsakkumulation unter den gegebenen Bedingungen fördern. Die Kleinbauern, die dem Staate nichts einbringen, kann sie deswegen nicht in dem Maße unterstützen, weil das, vom Standpunkt des inneren Aufbaus gesehen, zum Fenster hinausgeworfenes Geld ist. Es ist erklärlich, daß auch die Kulaken in Rußland die Kleinbauern auffordern, die Steuern zu verweigern, sie zu allen möglichen Forderungen animieren, sie aufhetzen, billigere Preise für Industrieerzeugnisse zu verlangen usw. Die Motive sind dieselben wie die hier in Deutschland oder anderen kapitalistischen Ländern. Und hier wie dort greift die Regierung ein und bringt diejenigen zur Raison, die an sich keine wesentliche Stütze der ökonomischen Basis sind, auf der die Regierung steht.

Es ist ganz charakteristisch, daß alles, was die russische Regierung unternimmt, in großen Staatsaktionen vor sich geht. Der angekündigte Prozeß gegen die konterrevolutionären Ingenieure ist eines der Hauptthematas der Moskauer Presse. In diesen Dingen hat die russische Regierung etwas ganz besonderes los. Wir erinnern nur an den Prozeß der Sozialrevolutionäre vor einigen Jahren. Dort wurde zum tausendsten Male der Beweis erbracht, daß die Menschewiki und Sozialrevolutionäre ein ganz ordinäres, verabschuungswürdiges, konterrevolutionäres Gesindel sind. Den primitiven Bedürfnissen Moskauer Anhänger mag das genügen. Der marxistisch denkende Arbeiter suchte schon damals vergeblich nach dem Beweis, daß die Bolschewiki im Gegensatz zu den Menschewiki noch revolutionäre Klassenkampfpolitik betreiben. Der Beweis wurde natürlich nicht erbracht und konnte auch nicht erbracht werden.

Aehnlich verhält es sich jetzt mit der Aktion gegen die verhafteten Ingenieure. Es kamen in diesem Zusammenhang ganz nette Einzelheiten zutage. Es ist eingestanden worden, daß die Proltarier in den Betrieben überhaupt nichts zu sagen haben, daß sie Backpfeifen bekamen nach allen Regeln der Kunst, daß die Gewerkschaftsbürokratie mit den „Spezialisten“ dauernd unter einer Decke steckte, daß die gesamte Disposition über die Maschinen und sonstiger Produktionsmittel eine ausgesprochene Sauerei ist. Das ging schon jahrelang, ging bis heute so, und derjenige, der nicht ganz mit Blindheit geschlagen ist, der sieht daran, daß das nicht nur kein kommunistischer Aufbau ist, sondern daß auch in bezug auf den kapitalistischen Aufbau die Proletarier zu schuften und das Maul zu halten haben. Nun mit einem Male stolpert man über die wirklichen „Ursachen“ des Fiaskos.

Es ist ganz leich zu übersehen, daß auch diese Aktion lediglich eine Aktion zur Beschwichtigung des Proletariats ist. Alle „Arbeiterdelegationen haben bewiesen“, daß man sie ebenso gut nach dem Nordpol hätte schicken können. Sie hätten, was die charakteristischen Merkmale über die russische Wirtschaft sind, von dem Nordpol genau so viel Wahrheit mitbringen können, als was sie von Rußland mitgebracht haben. Ihnen das, was sie in Deutschland zu erzählen haben, zuzustellen, wäre auch durch die Post möglich gewesen.

> **Postbezieher!**
>
> **Vom 17. bis 23. jeden Monats kommt der Briefträger, um das Zeitungsgeld in Höhe von Mark 1,42 abzuholen. Legt das zurecht, sonst geht die Bestellung als verweigert zurück und ihr bekommt keine „KAZ“!**

In Wirklichkeit geht es in Rußland um folgendes:

Das internationale Kapital sperrt nicht nur Rußland den Kredit, sondern es sperrt allen Ländern Kredite in großem Umfange, die sich weigern, den internationalen Kapitalshyänen die notwendige Ellenbogenfreiheit einzuräumen. Die nationalistische Ablehnung des Völkerbundes haben wir auch in Deutschland erlebt. Die deutsche Bourgeoisie war jedoch klug genug um zu übersehen, daß die Dawesierung Deutschlands zwei Seiten hat: einmal eine Verschuldung Deutschlands selbst, zum anderen aber auch die wachsende Verantwortung der Gläubiger und die daraus entstehende Konsequenz, daß man dem Schuldner, um ihn in die Lage zu versetzen, seine Schulden zu bezahlen, letzten Endes auch die Absatzgebiete einräumen muß, auf denen er seine Produkte absetzen kann. Oesterreich, Italien, Ungarn, Tschechoslowakei usw., alle jene reaktionären Staaten mußten sich letzten Endes den Gesetzen der internationalen Finanzdiktatur fügen. Auch Frankreich mußte erleben, daß die Finanzgewaltigen in New-York durch einen Druck auf die Börse mehr erreichen können, wie ein säbelrasselnder General, wenn er nicht das nötige Geld hat, Krieg zu führen.

Rußland kann diesen Weg der vollkommenen Preisgabe jedoch noch nicht beschreiten. Mit diesem Schritt wirft es vollends die Maske ab und das Proletariat der ganzen Welt würde sehen, daß es in den letzten sieben Jahren einer Fata morgana nachgejagt ist. Aus diesen Gründen laviert Rußland noch. Es unterhandelt wohl mit allen Kapitalisten der Welt, aber die Anleihen wollen nicht fließen. Um nun wenigstens über die Zeit hinwegzukommen, bis die internationale Wirtschaftskrise die Kapitalisten gefügiger machen soll, den russischen Markt unter den von Rußland gegebenen Bedingungen auszunutzen, muß es noch die Illusionen von dem „Arbeiterstaat“ aufrecht erhalten. Das Proletariat jedoch will Tatsachen sehen. Und weil an sich sich schon eine immer stärkere Westorientierung des deutschen Kapitalismus bemerkbar macht, weil alo die Aussichten in finanzieller Beziehung an sich schon ungeheuer gering sind, kann Rußland wohl eine Aktion aufziehen, um wenigstens dem Proletariat zu „beweisen“, wie es gegen die Konterrevolution kämpft. Die außenpolitische Erfolglosigkeit in China, in England, in Deutschland, in Frankreich ist nicht ohne innere Wirkung geblieben. Die Bauern sind nun einmal keine Internationalisten, sondern die Bauern sind immer Nationalisten. Das sogenannte Außenhandelsmonopol, das in Wirklichkeit nur eine Hochschutzzollmauer darstellt, kann wohl das Monopol über die russischen Industriewarenpreise aufrecht erhalten, aber letzten Endes wird der Preis einer Ware nicht nur von den Gesetzen des Weltmarktes bestimmt, sondern der Preis der russischen Industrieerzeugnisse findet seine Grenze in der Kaufkraft der russischen Bauern. Die russische Regierung hat diesen Widerspruch, der zwischen den Preisen der Industriewaren und denen der Agrarprodukte liegt, auszugleichen versucht durch eine ungeheure Steigerung der Ausbeutung in den Betrieben, weiter durch eine schleichende Inflation, die den Reallohn der Arbeiter herabdrückte, drittens durch die damit zusammenhängende Säuberung von „Unberflüssigen“ aus den Betrieben was zu einer ungeheuren Steigerung der Arbeitslosigkeit führte. Das alles geht an den Arbeitern nicht spurlos vorüber. Sie sehen wie der Kulak, der Nepbourgeois, der Bürokrat, der Spezialist fressen und saufen, und sie sehen, daß ihr Elend immer größer wird und wenn da nicht etwas dazwischen kommt, was so etwas revolutionär „riecht“, dann geht das Prestige der sogen. Arbeiterregierung vollends vor die Hunde. Man muß nämlich bedenken, daß die russische Regierung den Arbeitern auch poltisch allerhand bieten muß. Wir sehen davon ab, zu untersuchen, wieviele Proletarier bei der Verhaftung und Verbannung der russischen Opposition mit geballten Fäusten und mit unauslöschbarem Haß gegen diese Regierung standen. Ob das sehr viele oder sehr wenige sind, ist gar nicht entscheidend. Die deutschen Arbeiter wissen, wie verhältnismäßig klein die Schar war, die von Ebert-Scheidemann, Noske im Namen des „marschierenden Sozialismus“ verleumdet in die Gefängnisse geworfen, auf der Flucht erschossen oder sonst erledigt wurden. Ob das viel oder wenig waren, spielt keine Rolle. Wichtig ist jedoch, heute festzustellen, wer hatte Recht, die erschlagenen Spartakuskämpfer oder die Ebert-Scheidemann? Auch in Deutschland ist aus dem „marschierenden Sozialismus“ ein marschierender Faschismus geworden und auch in Deutschland steht das Proletariat vor der Aufgabe, aus dem Verrat der sozialdemokratischen Politik die Konsequenzen zu ziehen und mit revolutionären Mitteln den Kampf aufzunehmen gegen eine Demokratie, die es zu erdrücken droht.

In Rußland liegen die Verhältnisse ähnlich. Die russische Revolution ist nicht mit wehenden Fahnen und unbeflecktem Schild untergegangen. Sie wurde stück- und pfundweise verschachert. Um sich an der Macht zu halten, mußten die Bolschewiki das Privateigentum heilig sprechen, die Lohnarbeit von neuem einführen, Bündnisse mit den kapitalistischen und faschistischen Staaten eingehen, die letzten Reste rev. Errungenschaften über Bord werfen, um überhaupt verhandlungsfähig zu werden, und es ist nicht ohne Reiz, daß gerade in dem Moment, wo man mit der Verhaftung der Ingenieure das gesamte Proletariat verrückt machen möchte, König Amanullah von Afghanistan sehnsüchtig erwartet wird. Dieselben „roten“ Truppen, die die Opposition nach Sibirien brachten, die revolutionäre Arbeiter in die Gefängnisse warfen, werden vor König Amanullah aufmarschieren und aus den Palästen, in denen der Schmutz der Proletarierstiefel, die sie einst erstürmten, längst fein säuberlich fortgefegt ist, wird König Amanullah seine Residenz aufschlagen. In der leninistischen Terminologie gibt es nicht nur ein rev. Kleinbürgertum, gibt es nicht nur „unterdrückte“ und „halbunterdrückte“ Nationen, gibt es nicht nur „schwankende“ Länder und Völker, sondern es gibt auch schon rev. Könige, mit denen man eine Einheitsfront bilden und den Kampf mit ihnen gegen die Reaktion führen kann.

Die Proletarier der Kommunistischen Partei stellen immer wieder die Frage, was hättet Ihr denn gemacht, wenn Ihr an der Stelle der Bolschewiki gewesen wäret? Diese Frage ist billig und scheinbar ist sie auch die Frage, die man schlecht beantworten kann. Aber nur scheinbar. Denn in einer geschichtlichen Entwicklung spielt es keine Rolle, was Menschen „wollen“ oder was sie nicht „wollen“, wenn dieser Wille nicht abgeleitet ist von einer konkreten Wirklichkeit. Wir wollen zum leichteren Verständnis die Frage einmal umdrehen und zurückfragen: Wenn heute die Arbeitslosen in Rußland vor den vollen Schaufenstern von ihrem Hunger überwältigt werden, wenn die ausgebeuteten Arbeiter in den Betrieben aufstehen, und den Kampf aufnehmen für höhere Löhne und gegen das Rationaliserung, die doch nur dem Kulak zugute kommt, und gegen das Regime, das unter der Flagge der „roten Direktoren“ über sie herrscht, wenn also das Proletariat als die ausgebeutete unterdrückte Klasse den Kampf aufnimmt gegen den russischen Kapitalismus und seine Nutznießer, wer stellt dann wohl die Ordnung wieder her? Welche Funktion übt dann die „Rote Armee“ aus?

Was wird die Parole der Kulaken sein? — Sie wird sein: Soldaten her! Nieder mit den verbrecherischen Elementen! Hoch der Leninismus! Für Ruhe und Ordnung! Für den „sozialistischen Aufbau“! — genau so wie ja auch die deutsche Bourgeoisie gegen Spartakus, gegen die unlauteren Elemente und für den „marschierenden Sozialismus“ der Ebert-Scheidemann war.

Hier heißt es Farbe bekennen und zu begreifen, daß es nicht darauf ankommt, was man „will“ oder was man nicht „will“, sondern darauf, ob man sich zum Klassenkampf bekennt, oder ob man den Klassenkampf preisgibt und zu feige ist, für die eine oder die andere Klasse Partei zu ergreifen. Das internationale Proletariat wird solange zu keiner Klarheit über die revolutionäre Aktion und Taktik kommen, solange es nicht begreift, daß der Leninismus mit Kommunismus nicht zu tun hat, daß der Leninismus den Ebert-Scheidemann, Noske nur die Argumente liefert, um den Kommunismus zu diskreditiren. Nicht die russische Neppolitik und nicht die Politik des pfundweisen Verschacherns der russischen Revolution gehört zum Waffenarsenal des internationalen Proletariats, sondern die russsiche Oktoberrevolution mit ihrer ungeheuren Kraftanstrengung, ungeheuren Disziplin, ungeheuren Hemmungslosigkeit und ihrem unbeschreiblichen Radikalismus ist es, die die Waffen liefert zu dem Kampf gegen den gesamten Kapitalismus der Welt. Dazu gehört auch der Kampf des russischen Proletariats gegen den Kapitalismus in Rußland.

Organisatorische Mitteilungen

Achtung, Mainummer!

Die Mainummer der „KAZ.“ erscheint am Mittwoch, den 26. April in erhöhter Auflage und besonderer Ausstattung. Alle Wirtschaftsbezirke und Ortsgruppen müssen sofort Mehrbestellungen bei dem Verlag der „KAZ.“ aufgeben.

Bezirkskonferenz
der KAPD., AAU. und KAJD.
Ruhrgebiet!

Am Sonntag, den 22. April 1928, vormittags 9.30 Uhr, im Lokal Weber in Essen, Postalle.

Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag; 2. AAUD. und unsere Aufgaben; 3. Verschiedenes. a) Jugendfrage; b) Beiträge.

Jede Ortsgruppe jeder Organisation muß einen Delegierten entsenden. Mitgliedsbücher sind mitzubringen, da sonst kein Zutritt. Gäste können an der Konferenz teilnehmen.

Die Bezirksleitungen
der KAPD. — AAUD. — KAPD. Ruhrgebiet.

Oeffentliche Diskussionsabende.

Eberswalde: Freitag, den 27. April, abends 7.30 Uhr, im Lokal „Gemütliche Klause“, am Bahnhof.

Schöpfurt-Steinfurt: Freitag, den 20. April, abends 7.30 Uhr.

Thema: Parlamentarismus oder revolutionärer Klassenkampf, Gewerkschaften oder Allgemeine Arbeiter-Union?

Groß-Berlin.

Sonntag, den 22. April 1928.

Hauspropaganda.

Parteiarbeit ist Parteipflicht!

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Georg Sträbing, Berlin N. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Iszdonat, Berlin O 17.

Bestellzettel

Ich bestelle hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung“

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — frei Haus.

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Name:

Ort:

Straße:

9. Jahrg. Nr. 31

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur“, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.
Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 22. April 1928
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42.
Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,50 Mark, zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.
Inserate werden nicht aufgenommen.

„Wahlerfolge“ in Oesterreich

Aus Wien wird uns geschrieben:

39, 40, 41 — so steigt jetzt wohl das Wahlfieber im deutschen Lande: keine angenehme Zeit für revolutionäre Proletarier! Mögen sie im übrigen wie reißende Bestien einander anfallen, da es um die Mandate geht — gegen Euch werden die Noskiten und Moskowiten eine eiserne Einheitsfront bilden und Euch entgegenbrüllen, daß, wer nicht wählen geht, ein Hundsfott ist der die Reaktion stärkt. In dieser Situation wollen auch die revolutionären Proletarier Oesterreichs einige Worte an Euch richten, die Euch vielleicht helfen werden, die zu erwartenden Orgien der überschäumenden Demokratie zu ertragen, ohne vor Ekel zu sterben.

Die Hanswurst-Politik der deutschen Staliniker, dieser Partei, die aus ihren eigenen Beamten besteht, und die den Zweck hat, nicht zu ihrer Opposition zu gehören — die Politik dieser Partei scheint dahin geführt zu haben, daß dem Arbeiter schon alles egal ist und daß er, so wie man sich aus Verzweiflung dem Trunk ergibt, wieder sozialdemokratisch wird. Die katastrophale Wirkung des Leninismus liegt ja eben darin, daß er durch seine eigene Nichtsnutzigkeit den Glauben an die Revolution zerstört, den Kommunismus diskreditiert und dadurch dem alten totgeglaubten Sozialdemokratismus wieder auf die Beine hilft. Nicht nur Zutreiber der Gewerkschaften sind die heutigen Leninisten, auch Zutreiber jener Partei, die so viel Arbeiterblut gesoffen hat, daß ihr noch heute die Backen davon rot sind, und bald wird die Parole lauten: „Die SPD. muß!“

Die Bourgeoisie braucht heute so ziemlich in ganz Europa „linke Wahlen“. Der Wurstkessel, in dem sich das Proletariat befindet, ist überhitzt und droht zu explodieren, wenn nicht ein Ventil geöffnet wird in Form eines „Rucks nach links“, „Linksblocks“ usw. Zu diesem Zweck hält sich ja die Bourgeoisie ihre verschiedenen sozialdemokratischen Parteien, es müssen von Zeit zu Zeit die revolutionären Energien des Proletariats aufgefangen und in den Kanal einer „Linksregierung“ abgeleitet werden.

Die „Linksregierung“ regiert eine Zeit lang, es wird nicht besser — denn es ändert sich ja nichts am Kapitalismus, gleichgültig, ob die „Linken“ oder die „Rechten“ die Mehrheit im Parlament haben — es wird immer schlechter und zum Schluß ist der Arbeiter froh, wenn wieder eine Rechtsregierung kommt.

Mit nicht zu überbietender Deutlichkeit hat sich der wahre Sinn „linker“ Wahlerfolge in Oesterreich gezeigt. Am 24. April 1927 hat die SPOe. einen Wahlsieg errungen, wie man ihn schöner nicht wünschen konnte. 44 Prozent aller Stimmen und Mandate hat diese Partei erlangt, fast schon die Mehrheit, dieser Stein der Weisen des Sozialdemokratismus. 44 Prozent — nur noch ein Ruckerl und der „Sozialismus“ mußte kommen! Und wie kam es? Der Wahlsieg hatte die historische Aufgabe, die Bourgeoisie zu erwecken und das Proletariat einzuschläfern. Die Bourgeoisie verlangte zunächst die Waffen, die im Wiener Arsenal von den Arbeitern für unvorhergesehene Fälle versteckt gehalten wurden. Es handelte sich um große Waffenbestände, die aus dem Kriege stammten und das heiligste Gut des klassenbewußten Teils der österreichischen Arbeiterschaft bildeten. Die Sozialdemokratie hat diese Waffen im Geheimen der Regierung ausgeliefert. Ein Stein fiel ihr dabei von ihrem demokratischen Herzen. Nachdem nun das Proletariat wehrlos gemacht war, konnte die Bourgeoisie den 15. Juli wagen. Der erstbeste „Anlaß“ mußte herbei, um in einem Blutmassaker ohnegleichen die österreichische Arbeiterschaft niederzumachen, zum Teil mit ihren eigenen, von der Sozialdemokratie ausgelieferten Waffen. 24. April — 15. Juli, linker Wahlsieg und blutiger Faschismus, Triumph des Parlamentssessels und Niederwerfung des Proletariats — die beiden Daten zeigen das wahre Gesicht der parlamentarischen Demokratie und ihrer „Arbeiterparteien“.

Gegenüber dem Schandtreiben dieser parlamentarischen „Arbeiterparteien“, die sich an den Schwanz der Demokratie hängen und dem Proletariat den Wischzettel in die Hand drücken, auf dem sein eigenes Todesurteil steht, muß die Parole der revolutionären Arbeiter lauten: Keinen Stimmzettel in die Urne! Nieder mit der Demokratie! — die revolutionäre Wahlenthaltung ist eine tausendmal stärkere Demonstration gegen das herrschende System, als das schafsmäßige Abgeben des Stimmzettels, gleichgültig, welcher Couleur! In den Büros der Trusts und Konzerne wird heute regiert, nicht im Parlament. Das Parlament ist eine Affenkomödie und wer mittut bei der „Zusammensetzung“ dieser Affenkomödie, der ist nicht würdig, Proletarier zu sein!

Der weltpolitische Horizont verdüstert sich. Die Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze wird täglich bedrohlicher, es hagelt Bündnisse, Freundschaftsverträge und Nichtangriffspakte — der Weg zum Weltkrieg ist mit Friedensverträgen gepflastert. Die Weltbourgeoisie, die nicht mehr weiter kann, droht in einem neuen, zehnfach grauenhafteren Weltkrieg das Proletariat mit sich hinabzureißen in die Nacht des Untergangs. Wacht auf, Verdammte dieser Erde!

Verbot des RFB.?

Am 17. April brachte TU. die Meldung, daß Keudell unter Berufung auf das Republikschutzgesetz an alle Länderregierungen das Ersuchen gerichtet habe, den RFB. zu verbieten. Seit diesem Tage ist nun wieder allerhand los. Die ganze „Demokratie“ ist gegen die „Reaktion“ lebendig geworden und Herr Keudell wird von der Bourgeoisie ganz offen als der Ochse im demokratischen Porzellanladen gerüffelt und fallen gelassen. Alle „demokratischen“ Länderregierungen, allen voran Preußen, haben gegen diese undemokratische Handlungsweise Einspruch erhoben, so daß erst der „Staatsgerichtshof“ eine Entscheidung bringen wird. Und diese Entscheidung wird, wie die Dinge liegen, erst kurz vor dem Wahltermin fallen können. — Eine wahrhaft unerquickliche Situation.

Das Proletariat sieht an diesem Keudellschen Streich wieder einmal, wie leicht die Bourgeoisie selbst dieser Demokratie den Garaus machen kann, — wenn sie das nötig hat. In diesem Zusammenhang sei nur nebenbei darauf hingewiesen, daß nicht nur die SPD. dieses Republikschutzgesetz mit aus der Taufe hob, sondern daß auch unter dem ersten Entwurf — der sich von dem endgültigen Entwurf in nichts unterscheidet — auch die Unterschriften von Höllein und Koenen zu lesen sind. Die demokratischen „Arbeiterparteien“ haben fleißig mitgeholfen, der Bourgeoisie die Waffe zu schmieden, mit der sie erledigt werden können, wenn es der Bourgeoisie in den Kram paßt. Was mittlerweile zur Gewißheit jedes einfachen Arbeiters geworden ist, daß die Bourgeoisie jedes Gesetz so „auffaßt“, wie sie dies für nötig befindet, daß sie unter „Demokratie“ etwas anderes versteht wie das Proletariat und demnach jene zum Hüter der Demokratie bestellt, gegen die sich dieses Gesetz eigentlich richten „sollte“: den Hakenkreuzhelden um Keudell, — das brauchten die „linken“ Demokraten um Koenen nicht zu wissen. Sie wollen eben überall dabei sein, wo die „Massen“ sind, auch wenn dort der Strick um ihren eigenen Hals gedreht wird.

Man muß es Herrn Keudell lassen: Er hat in seiner stockreaktionären weltfremden Borniertheit, die in dem Mittelalter um jene Klasse, nach der er stinkt, verkörpert ist, der deutschen Bourgeoisie einen Bärendienst geleistet. Das fehlt gerade noch, das Proletariat so tollpatschig mit der Nase darauf zu stoßen, daß diese Demokratie ein schwarz-rot-goldener Teppich ist, den man beliebig wegziehen und die einfältigen Staatsbürger mit dem Hintersten in das Glatteis des „deutschen Wesen“ purzeln lassen kann, wenn sie sich ein bißchen mausig zu machen unterstehen. So kurz vor der großen demokratischen Maskerade am 20. Mai!

Die KPD. überschlägt sich vor Freude. So ein Fressen! Ein solcher Wahlschlager ist einfach nicht mit Geld zu bezahlen! Die Heldentat eines Keudell wird nicht aufgewogen durch tausend Wahlesel, die in nächster Zeit aufmarschieren sollen. Kein Wunder, daß die Noske-Partei sich ob solcher Dummheit im „Vorwärts“ gebärdet, wie der naive Provinzler, dem man die Brieftasche geklaut hat. Gerade für die Wahlen wiegen alle gewesenen Dinge, und wenn sie noch so sorgfältig ausgeschlachtet werden, den Stoff nicht auf, den Keudell der KPD. für die „Agitprop“ geliefert hat.

Es versteht sich am Rande, daß natürlich die alte „völkerbefreiende“ Partei der Begaunerung des Proletariats selbst nach diesem Fiasko wieder auf die Beine fällt. Und so zählt sie der linken Konkurrenz sorgfältig all jene demokratischen Stützpunkte von Koalitionsregierungen auf, die dem Keudell in die Parade gefahren sind und sich dem Verbot widersetzten. „Beweist“, daß die von der KPD. so viel gelästerte Koalitionspolitik wieder einmal zum Rettungsanker der KPD. geworden ist, und daß derjenige, der am 20. Mai der KPD. seine Stimme gibt, sie ebensogut dem Keudell geben könnte. Und der Prolet steht ob dieser Logik in der Tat vor einem Dilemma; das heißt, der Proletarier, der über die Demagogie, mit der die parlamentarische Taktik beschritten wird, und die so flach ist wie ein ausgetretener Plattfuß, nicht hinaussehen kann.

Der Keudellsche Handstreich leuchtet ganz von ferne, aber für jeden denkenden Arbeiter deutlich sichtbar, das Gelände ab, auf dem das deutsche Proletariat kämpft, und auf dem ihm in Zukunft immer schärfer zum Bewußtsein kommen muß, daß die „Grenze“ der Demokratie, wie sie in wirtschaftspolitischer Beziehung durch den Schraubstock der Schlichtungsdiktatur gekennzeichnet ist, entweder gesprengt werden muß, — oder das Proletariat wird vollends zu einem elenden Bettler dieser Demokratie degradiert, trotzdem die gesteigerte Ausbeutung die Dividenden im gleichen Tempo emporschnellen läßt. Die Bourgeoisie ist gerüstet, Keudell hat eigentlich dem Proletariat einen Dienst erwiesen, indem er für einen Augenblick den demokratischen Vorhang hob und zeigte, daß hinter diesem der deutsche Faschismus steht und das hungernde und kämpfende Proletariat angrinst. Die Aufregung der Noske-Partei ist erklärlich, denn wenn wieder einmal alle „erschossen“ werden sollen, die da „weitergehen“ wollen, wird auch die sozialdemokratische Ordnungspartei ihre Männer stellen, weil ja doch wieder einer der Bluthund sein muß. Diese Erinnerungen passen schlecht in den Wahlrummel.

Diesen unvermeidlichen Zusammenstößen in den kommenden Kämpfen kann das Proletariat jedoch nicht begegnen, wenn es in der Weltgeschichte herumrennt und „protestiert“ und gar nicht weiß, gegen oder für was es demonstriert. Die KPD. begnügt sich damit, die ganze Komödie auf die Formel: „Wählt Liste 5“ zu bringen, um so dem Proletariat erst recht den Kopf mit demokratischen Illusionen zu verkleistern. Und wenn die Dinge schon hart im Raume sich stoßen und der ADGB. und die SPD. sich offen fertig machen, das Proletariat von neuem blutig niederzuwerfen, dann wird die KPD., vom parlamentarischen Kretinismus zerfressen, immer noch brüllen: „Der ADGB. muß“. Es ist der Fluch des deutschen Proletariats, daß es sich von plattester Demagogie beeinflussen läßt und nicht über den Tag hinaussieht. Sonst würde es begreifen, daß der RFB. trotz der Borniertheit eines Herrn Keudell ein harmloser Soldatenverein, ein Wahltrommlerklub der KPD. ist.

Nicht „Proteste“ für oder gegen die „Demokratie“ helfen hier, sondern die klare Einsicht, daß die Demokratie nur eine Form der Unterdrückung des Proletariats ist. Hinter ihr lauern die Maschinengewehre der kapitalistischen Klassenherrschaft, die durch keine demokratischen Schauspiele mehr gehemmt werden. Für jeden Fall zu der unvermeidlichen Auseinandersetzung rüsten, heißt die Waffen schmieden, die das Proletariat in seinem Kampf notwendig hat. Das sind keine Diätenempfänger im „neuen“ Reichstag. Das ist die proletarische Solidarität auf der Grundlage der Betriebsorganisationen zur Zusammenschweißung der Arbeiterklasse gegen die schwarz-rot-goldene und schwarz-weiß-rote Konterrevolution und ihre parlamentarischen Lakaien.

Läßt das Proletariat sich jedoch von gerissenen Wahldemagogen ablenken von dieser seiner notwendigen Klassenaufgabe, dann wird ihm nach dem 20. Mai als Antwort auf illusionäre Hoffnungen die Bourgeoisie die demokratischen Illusionen aus dem Schädel schlagen.

Politische Rundschau

Spitzel

Anläßlich der Befreiung Oskar Brauns hat die KPD. eine Seite ihrer Taktik offen preisgegeben, die verdient, näher beleuchtet zu werden. Sie behauptet, daß es wohl stimme, daß sie Braun während des Prozesses als Spitzel bezeichnet habe, doch habe sie dies im Einverständnis mit Braun selbst getan, um zu erreichen, daß Braun eine verhältnismäßige geringe Bestrafung erhalte, — weil dann die Mitangeklagten auch glimpflicher wegkommen würden, und in der Tat weggekommen sind. Braun selbst habe diese Taktik vorgeschlagen.

Nun weiß man mit einem Male nicht mehr, sind das alles Spitzel, die wir in der „Roten Fahne" als solche vorgesetzt bekamen, — oder sind das alles die besten Genossen? Oder: ist es da nicht überhaupt zweckmäßig, mit Spitzeln zusammen zu arbeiten? Oder: Wenn ein Mensch jahrelang den Vorwurf, daß er Spitzel sei, auf sich sitzen läßt (auch dann noch, wenn der angebliche Zweck, in diesem Falle das „mildere" Urteil erreicht ist), ein Vorwurf, der die proletarische Ehre von Grund auf zerstört: Ist ein solcher Mensch, der so mit seiner proletarischen Ehre unnötig Schindluder treiben läßt, nicht trotzdem ein Spitzel? Oder liegt diese Möglichkeit nicht zumindest greifbar nahe?

Hier zeigt sich eine moralische Verwahrlosung, wie sie selbst von den größten Pessimisten nicht erwartet werden konnte. Die Proletarier, die jeden Tag ihre Helden anhimmeln, wissen nicht, ob der eine oder andere nicht ein ganz ordinärer Achtgroschenjunge ist, und der, dem sie ihre ganze ehrliche Verachtung ins Gesicht schleudern, den müssen sie auf Befehl, wenn es der Bonzokratie in den Kram paßt, auf den Schultern tragen. Ein solches „Prinzip" verträgt es, daß in den Kämpfen der Arbeiterklasse die ganze Politik auf das Gebiet geschoben werden kann, daß man das beste „wollte", aber ein Spitzel habe alles verraten. Ein käufliches Subjekt nimmt den Makel auf sich, und man läßt ihn „fallen". Eine solche Atmosphäre muß die Hochstabler und Abenteurer anlocken, wie das Licht die Motten, und es ist klar, daß man — wie in den Jahren um 1923 — überhaupt nicht mehr weiß, was Spitzel und was Genosse ist. In diesem Zusammenhang werden die „Taten" der Brandler und Konsorten noch klarer. Sie bewegten sich im Auftrage Rußlands gerade an der Grenze, daß sie noch als „Reformisten" durchgingen. Wäre der Verrat nicht um diesen Preis durchzuführen gewesen, dann mußten eben für gutes Geld ein paar „Spitzel" gemacht und in die Wüste gejagt werden.

Vielleicht wären auch bei den Granatenlieferungen Spitzel am Werk? — Aber nein, Spitzel sind ja jene, die eine derartige Partei als das zeigen, was sie ist, als eine Partei politischer und moralischer Verwahrlosung.

Wie lange wollen die ehrlichen Proleten in der KPD. noch dulden, daß eine abgefeimte, zu allem fähige Bonzokratie der Noskepartei Material liefern kann zum Kampf gegen den Kommunismus? Sind sie überdies überzeugt, daß Braun von revolutionären Arbeitern befreit worden ist? Was würden sie sagen, wenn sie erfahren müßten, daß Braun nun doch ein Spitzel und von natiotalen Kreisen den Wink bekommen hat — wie einst Herr Brandler? Wir lassen diese Frage offen, und weisen nur darauf hin, daß hier, immer nach der Logik des Leninismus, die unangenehmsten Ueberraschungen möglich sind.

Amanullah in Moskau

Schon vor einigen Tagen konnte der „Ostexpreß" aus Moskau melden, daß für den Empfang des Königs Amanullah von Afghanistan von der „Republik der Arbeiter, Bauern und Soldaten" Vorbereitungen getroffen werden, die den verschwenderischen Empfängen in London und Paris gleichkommen, mit Paraden der Roten Armee, Manövern, Flottenveranstaltungen und dergleichen. Inzwischen hat der Volkskommissar des Auswärtigen in Moskau die näheren Einzelheiten für den Empfang festgesetzt, aus denen sich ergibt, daß die russische Regierung alle bisherigen Feiern für den orientalischen Monarchen zu überbieten sucht. Die rustische Regierung stellt dem König ihr Repräsentationsschloß am Kremlufer zur Verfügung (ganz wie bei uns) und hat für die neun Tage des Aufenthaltes in Moskau und fünf Tage in Petersburg resp. Leningrad folgende Vorbereitungen getroffen:

In Moskau:

Empfang durch die Regierung auf dem Bahnhof.
Besuch des Präsidenten des Rats der Volksbeauftragten und des Mausoleums.
Besuch bei den Moskauer Stadtverordneten und Empfang durch das diplomatische Korps.
Abends Essen bei dem Präsidenten des Rats der Sowjetunion.
Besichtigung des Kremls und des Sowjetinstituts.
Besuch des Rennplatzes, Trab- und Flachrennen. (!)
Abends Essen beim Volkskommissar des Auswärtigen.
Fahrt zum Flugplatz.
Besuch des Hauses der Roten Armee und Flotte.
Essen in der Afghanischen Botschaft.
Besichtigung von Industriewerken, vom Haus der Bauern und Museum der Revolution.
Abends Galavorstellung im Staatlichen Theater.
Besuch der Universität und des Ministers für Bildungswesen sowie der Timirjasew-Akademie.
Abends Künstlertheater „Fiodor Jwanowitsch".
Besuch der Flugwerke und des Museums für soziale Hygiene.
Abends Ballett im Großen Theater „Krassny Mak".
Besuch der Kriegsakademie und der Oktoberläger.
Manöver auf dem Chodynkafeld.
Abends Opernvorstellutg.
Besuch der Staatsbank und des Juwelenfonds.
Abends Zirkus.

In Leningrad.

Empfang durch die Stadtverordneten und Besuch der Eremitage.
Bankett der Stadt.
Besuch in Detskoje Sselo und Frühstück im Katharinenschloß.
Besuch der Akademie der Wissenschaften.
Ballett im Marientheater.
Fahrt und Frühstück in Kronstadt.
Besuch und Frühstück in der Porzellanfabrik in Petershof.
Besuch des Hauses der Arbeiter.
Operettenvorstellung im Michailow-Theater.

Wie lange noch!

Das Katz- und Mäusespiel mit den sächsischen Metallarbeitern.

TU. Dresden, 17. April. Die Landestarifkommission des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat beschlossen, den gestern vom Landesschlichter gefällten Schiedsspruch für die sächsische Metallindustrie als unzureichend abzulehnen. Für das Leipziger Tarifgebiet der sächsischen Metallindustrie wurde heute vom Landesschlichter ebenfalls ein Schiedsspruch gefällt, der in der Frage der Urlaubsregelung im wesentlichen die Bestimmungen für das Jahr 1927 beibehält. Die Lohnbasis für Lohnarbeiter wird von 80 auf 85 Pf., die Akkordbasis von 83 auf 86 Pf. und der Mittellohn für normal leistungsfähige Arbeiter auf 88 Pf. (wie bisher) festgesetzt. Wie von Gewerkschaftsseite erklärt wird, dürfte auch dieser Schiedsspruch abgelehnt werden."

In diesen Tagen wird die berühmte „Verbindlichkeitserklärung" wieder fällig, und dann — ist das grausame Spiel wieder aus. Denn auch die sächsischen Metallarbeiter scheinen an den voraufgegangenen Kämpfen nicht gelernt zu haben, daß die Gewerkschaften nur noch die Aufgabe haben, das Proletariat auszuhungern und hinzuhalten, mit anderen Worten: sturmreif zu machen für das Schlichtungsurteil. Den Rest besorgen sie dann, indem sie zum Streikbruch aufrufen.

Leichenfledderer

Am Sonntag, den 15. April, fand in Schraplau im Mansfelder Gebiet die Märzkundgebung der KPD. statt. Anknüpfend an die blutigen Traditionen der Märzopfer, versuchte die KPD. ihren Verrat am mitteldeutschen Proletariat mit radikalen Phrasen zu verschleiern. Sieben Jahre sind vergangen und heute treten diese Wölfe im Schafsfell erneut vor das Proletariat. Wir verzichten an dieser Stelle auf den Nachweis, daß die KPD. in ihrer organisatorischen Gesamtheit nie das erfüllte, was von einer kommunistischen Partei im Interesse des Vorwärtstreibens des Aufstandes getan werden mußte.

Diese Dinge sind aber in Kreisen denkender Proletarier zu bekannt. Kam es doch nicht darauf an, diese Schlacht zu gewinnen, sondern hier in Mitteldeutschland, dem Waffenmagazin des Proletariats nach 1919, eine Rechtsprechung für den durch die Einführung der „Nep" in Rußland bedingten „revolutionären Parlamentarismus" zu schaffen. Ein gewisser Schröder schreibt nun da im „Klassenkampf" vom 14. April:

„Die Geschichte seit 1921 hat uns recht gegeben: Der mitteldeutsche Aufstand wurde von Hörsing im Auftrage Severings, des sozialdemokratischen Innenministers, provoziert. **Die Niederschlagung der einheitlich unter der Führung der Kommunistischen Partei stehenden mitteldeutschen Arbeiterklasse war notwendig,** sollten die Lasten des verlorenen Krieges, die Erfüllung des Versailler Friedensvertrages, der Stabilisierung des Kapitalismus widerstandslos auf die Arbeiterklasse abgewälzt werden können."

Trotzdem mit Hilfe der Sozialdemokratie der Aufstand in Mitteldeutschland „provoziert" wurde, haben die Proletarier nicht einen Moment gezögert, als die Dinge auf das Gebiet des Biegens oder Brechens getrieben waren. Fast in allen Orten entstanden Aktionsausschüsse und ihre Parolen waren: „Alle Macht den Räten" und „Diktatur des Proletariats".—

Und wenn Sch. schreibt:

„Die Niederschlagung der einheitlich unter der Führung der KPD. stehenden mitteldeutschen Arbeiterklasse — — —", dann begeht er bewußt eine Geschichtsfälschung. Denn **Methode und Ziel des Kampfes** sind niemals von der KPD. gedeckt, sondern sabottiert worden.

Wir zitieren hier Brandler, nicht als Person, sondern als prominenten Vertreter der damals in der Rede anläßlich des Hochverratsprozesses 1219 vor dem Ausnahmegericht:

„Wir haben — sagt Brandler —, nachdem die Besetzung vorgenommen war, in den Aufrufen die Arbeiter Deutschlands zum Generalstreik aufgefordert, um die Mobilisierung zu einem oberschlesischen Kriege und zu einer kriegerischen Abwehr der Sanktionsmaßnahmen zu verhindern. **Das ist der Sinn des Aufrufes** zum Generalstreik. **Nicht der Sturz der Verfassung.**"

Und weiter:

„Ob in Westeuropa **zum Sieg des Proletariats unbedingt** und unter allen Umständen **die Räteregierung notwendig ist,** das kann ich nicht beschwören. . . . Das ist das Ziel der Märzaktion gewesen, und das ist vom ersten Augenblick an, wo man es herausgegeben hat, als Ziel aufgestellt worden.

Was die KAP. tut, die zum Kampf um die Diktatur des Proletariats aufruft, das kann uns doch nicht in die Schuhe geschoben werden, dafür kann man uns doch nicht verantwortlich machen, dafür kann ich doch nicht politisch und juristisch verantwortlich gemacht werden!"

Das genügte schon, um zu beweisen, daß Methode und Ziel des Kampfes nie von der KPD. gedeckt wurden. Aber wir wollen jenen radikalen Phrasenhelden die Maske vollends vom Gesicht reißen.

Als leuchtendes Menetekel für das Proletariat sei weiter festgehalten, was er dann noch als „Kommunismus" vor dem Ausnahmegericht verzapfte:

„Dann sage ich Ihnen noch eins, meine Herren, und was ich jetzt sage, sage ich nicht etwa, **um mich juristisch zu verteidigen,** sondern **um diesen politisch unsinnigen Auffassungen entgegenzutreten,** ehe Sie mir vielleicht, weil Sie ganz **falsche Auffassungen** vom Kommunismus haben, Jahre meines Lebens entziehen, **so daß ich draußen nichts mehr sagen kann,** deswegen will ich diese Gelegenheit benützen, um gegen dieses Ungeheuerliche, was man dem Kommunismus unterschiebt, unter dem Fallbeil der Sondergerichte zu protestieren; ich sage:

Diktatur des Proletariats ist möglich, sogar bei Bestehen der Verfassung!"

Fürwahr, der Brandler hat vor dem Gericht klar und eindeutig den Verrat am mitteldeutschen Proletariat zugegeben; und weil er aber zugleich die theoretische Rechtfertigung für den „revolutionären Parlamentarismus" geschaffen hatte, deswegen wurde er auf dem dritten Weltkongreß zum Ehrenvorsitzenden der 3. Internationale gewählt; und konnte in dieser Eigenschaft die politische Mißgeburt einer „Arbeiter- und Bauernregiereung" 1923 in Sachsen schaffen.

Nach all diesem ist klar bewiesen, daß die KPD. schon damals aufgehört hatte, eine revolutionäre Partei zu sein, daß alles Geschreibsel im „Klassenkampf" nur noch radikale Phrase ist; daß Sch. recht hat, wenn er schreibt:

„Der Mansfelder Aufmarsch ist der Wahlaufmarsch der KPD."

daß man die Toten der mitteldeutschen Kämpfe zur Wahlpropaganda einer durch und durch reformistisch gewordenen Partei mißbraucht. — — —

10 000 Proletarier sind aufmarschiert, 10 000 Proletarier, die nicht begriffen haben, wo der Feind sitzt: die in der KPD. immer noch eine revolutionäre Partei sehen. Genossen, hier gilt es anzuknüpfen, hier gilt es, den Verrat klar und eindeutig herauszuschälen, um Bresche zu schlagen, das Blockfeld der Revolution freizulegen.

„Was die KAP. tut — — —,"

das ist Arbeit im Sinne der Revolution.

Genossen, an die Arbeit!

Wahlen in Frankreich

Am Sonntag, den 21. April, fällt in Frankreich die Entscheidung über die Zusammensetzung der neuen Kammer. Es ist die 14. Parlamentwahl der französischen Republik, bei der 4000 Kandidaten sich um die 612 Mandate der Kammer bewerben. Im Gegensatz zu den Wahlen von 1924 ist diesmal die Verrechnung der Reststimmen in den Wahlkreisen abgeschafft worden, so daß jeder Abgeordnete die absolute Mehrheit erringen muß. Das macht einen zweiten Wahlgang notwendig, also eine Stichwahl, die Kompromißverhandlungen, dem Schaehern um die Seelen der Wahlschäflein, Tor und Tür öffnet. Die letzte Entscheidung über die Zusammensetzung der französischen Kammer fällt somit erst bei der Stichwahl am 29. April.

Die Abschaffung der Verrechnung der Reststimmen ist der Fortschritt der Demokratie. Sie hat dieselbe Wirkung wie in Deutschland das Gesetz gegen die Splitterparteien. Die Mandatinhaber, die Verfechter, die belohnten Vertreter der Kapitalsinteressen, werden dadurch vor unberufener Konkurrenz bewahrt.

Was die französischen Parteien betrifft, so gibt es hier zwischen Deutschland und Frankreich grundsätzliche Verschiedenheiten. Feste Parteiorganisationen, wie in Deutschland, zahlende Mitglieder, Parteizeitungen und festgefügte Fraktionen sucht man in Frankreich vergeblich. Eine Ausnahme bilden lediglich die Sozialdemokraten Amsterdamer und Moskauer Richtung. Im übrigen sind die französischen Parteien Gruppen von Männern, die persönlich miteinander sympathisieren und die fortwährenden Veränderungen unterworfen sind. Ja, es gab sogar schon einen Kammerpräsidenten, der es den Abgeordneten untersagte, im Namen einer Fraktion zu sprechen.

Mit dieser Einschränkung gibt es zwei „proletarische" Parteien, die 26 Abgeordnete zählenden „Kommunisten" und die 105 „Sozialisten", die von der Neuwahl einen erheblichen Mandatsgewinn erhoffen. Die bürgerliche Linke umfaßt drei Parteien mit 226 Mandaten, die republikanischen „Sozialisten", die Radikalen und die Unabhängigen Radikalen. Ihre bekanntesten Führer sind Briand, der aus der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung stammt, Painlevé, Herriot und Daladier. Die französische Rechte schillert in allen Farben und umfaßt Gruppen, die in Deutschland vom Zentrum bis zu den Völkischen gehen. Ihr Herr und Meister in Poincaré, von dem gesagt wird, daß er sein neues Kabinett nach den Wahlen von den am weitesten rechts gerichteten Männern entlasten will. — Weitere Führer der französischen Rechten, der auch Monarchisten beider Richtungen, Royalisten und Bonapartisten zugehören, sind Millerand, der ebenfalls als Sozialdemokrat begann und als erster „sozialistischer" Minister zur Bourgeoisie ging, und Louis Marin.

Die Arbeiten des letzten französischen Parlaments sind noch deutlicher sichtbar diktiert von den Interessen der Schwerindustrie, als die Deutschlands Parlamentarier. Die Militärkontrolle in Rheinland-Westfalen wurde durch es aufgehoben, als das deutsche Kapital sich erfüllungswilliger zeigte und das Dutzend französischer Industriemagnaten seine Zustimmung gab. Die Kölner Zone wurde geräumt, als das deutsche Kapital Amerikakredite bekam und dem französischen Kapital damit unter die Arme griff. Deutschland wurde mit feierlicher Miene in Genf empfangen mit der Zustimmung des französischen Parlaments (das erst dagegen war), als es in der vormals besetzten Zone seine nationalistische Propaganda einstellte und somit französischer Ware wieder die Tore öffnete.

Und die französischen Sozialdemokratien beider Schattierungen erzählen ihren Wahlgimpeln, wie sie für das „Vaterland" so großes geleistet und weshalb man nur sie wählen müsse.

Aus den Wirtschaftsbezirken

Dortmund

Liebliche Schalmeienklänge.

Am Ostermontag fand in der Dortmunder Westfalenhalle eine Kundgebung des RFB. und der KPD. statt. Schon 14 Tage vor der Kundgebung kündigte die gesamte Ruhrpresse einen Riesenaufmarsch des Ruhrproletariats an. Mit **300 Schalmeien,** mit **300 Trommeln** und **110 Arbeitersportlern** wollte man das Ruhrproletariat nach Dortmund locken. Aber alle Mühe war vergebens. Die großen Massen waren ausgeblieben. Die KAPD. und AAU. hatten zu dieser Kundgebung ein Flugblatt herausgegeben, welches dann auch unter großen Schwierigkeiten verteilt wurde.

Schon 14 Tage vor der Kundgebung hatte die Parteipresse täglich Hetzartikel gegen die KAPD. losgelassen um ihre Mitgliedschaft auf den Mann zu dressieren. Der Erfolg blieb auch nicht aus. Kaum hatte man unsere Flugblattverteiler auf dem Vorplatz der Westfalenhalle bemerkt, stürzt eine Horde aufgehetzter Paradeproletarier auf sie, entreißt ihnen die Flugblätter und schlägt die Genossen **blutig und besinnungslos.** Ja, es ist beobachtet worden, daß Rote Frontkämpfer, besonders taten sich die Bochumer und Essener hervor, unsere besinnungslos daliegenden Genossen noch mit den Absätzen bearbeiteten.

Vor allem hatten sie es auch auf die Rünthener Schalmeienkapelle abgesehen, welche aus dem RFB. ausgeschlossen ist. Man wollte ihnen die Instrumente abnehmen, welches aber durch gemeinsame Abwehr nicht gelang.

Verschiedene unserer Genossen wurden auch von den „Helden" bei **der Polizei denunziert** und durch dieselbe abgeführt. Ein KAPD.-Genosse, welcher versuchte, auf dem Vorplatz eine Ansprache zu halten, wurde ebenfalls niedergeschlagen, bis er besinnungslos zusammenbrach. Trotz der Schikanen der aufgehetzten Proletarier gelang es uns über 4000 Flugblätter zu verteilen.

An der Kundgebung in der Westfalenhalle nahmen hochgeschätzt 12 000 Personen teil. Teddi hielt seine übliche Wald- und Wiesenrede, schimpfte auf die SPD. und die bürgerlichen Parteien und versuchte den Beweis zu erbringen, daß nur die KPD. die richtige Parlamentspolitik betreibe.

Nach der Kundgebung demonstrierte man mit Teddi an der Spitze dem Dortmunder Proletariat, welches von dieser Kundgebung fast gar keine Notiz nahm, etwas vor. Wer nun aber von den Demonstrationsteilnehmern annahm, daß die Propaganda der KAPD. durch den brutalen Terror der Kulakensöldner aus der Welt geschafft ist, befand sich in einem schweren Irrtum, denn von den Mauern der Demonstrationsstraßen leuchteten in hellen Farben die Parolen der KAPD. und AAUD. den Teilnehmern entgegen: „Heraus aus den Gewerkschaften! — Schafft revolutionäre Betriebsorganisationen! — Nieder mit der Granatenpartei! — Hinein in die KAPD. und AAUD.!"

Trotz des brutalen Terrors mußten die Stalinisten und Paradeproletarier feststellen, daß die Gedanken der KAPD. und der AAUD. in Dortmund feste Wurzeln gefaßt haben.

Wenn jemand an diesem Tage nicht auf seine Kosten kam, so waren das die Ruthenen. Sie hätten gern einen roten Tag für sich gemacht, aber erstens kommt es anders, zweitens als man denkt. Die Ruthenen hatten sich am Vorderausgang des Dortmunder Hauptbahnhofes gesammelt und zogen zu 40 Mann an der Spitze die Rünthener Schalmeienkapelle, zur Westfalenhalle. Dort wurden sie mit einem Indianergeheul empfangen. Man versuchte seitens des RFB. den Ruthenen die Schalmeien abzunehmen, welches aber wieder an gemeinsamer Abwehr scheiterte. Derjenige, der von der Ruthenenzentrale der Redner des Tages sein sollte, wurde mit Fußtritten und Ohrfeigen verjagt. Propagandistisch hatten die Ruthenen **nichts** unternommen.

Die Dortmunder Osterkundgebung des RFB. und der KAP. hat erneut gezeigt, wie schwer es ist den ideologischen Bann des Verrats zu durchbrechen, und diese Tatsache erlegt allen Genossen die Verpflichtung auf, mehr als je an der schweren aber notwendigen Aufklärung der KPD. und des RFB.-Proletariers zu arbeiten, die in der Tat schon so leninistisch verseucht sind, daß sie ein willenloses Werkzeug in der Hand einer gekauften korrupten Bonzokratie sind, und deren Mistgabel„sozialismus" sich von dem Sozialismus der dummen Kerle unter dem Banner des Hakenkreuzes so viel unterscheidet, wie ein scheckiger Hund von einem roten.

Bonn

Ostern hatten die „Einheitler" hier eine Bezirkskonferenz. Anläßlich derselben fand am Samstag eine Versammlung und am Montag eine öffentliche Tagung statt. Das Thema am Samtag lautete: „Wer betrügt die Arbeiterschaft?" Nachdem der Referent ein sehr oberflächliches Referat gehalten hatte, sprach der Gen. Thissen, früher Mitglied der KAPD. (dies hatte man auch reklamehalber öffentlich bekannt gemacht). Derselbe führte dann auch, wie nicht anders zu erwarten war, eine wüste Hetze gegen die KAP. Mit Verleumdungen und Verdrehen von Tatsachen suchte er die Nichtnotwendigkeit der Partei zu beweisen. Unsere Genossen traten ihm in der Diskussion entgegen. Das Schönste aber konnte man Montag erleben. Mit einem Teil Kölner Genossen kamen wir 1½ Stunde nach angesetzter Zeit in das Lokal. Die „Einheitler" konnten sich Glück dazu wünschen, denn außer den Genossen der KAP. und AAU. war auf der öffentlichen Tagung kein Mensch. Aber anscheinend genügte das dem Genossen Thissen, der nun noch einmal Wort für Wort seine Schimpfkanonade vom Samstag gegen die Partei vom Stapel ließ. Anfangs erklärte er, wir müssen doch endlich einmal zur Einigkeit mit den Genossen der AAU. kommen. In Berlin ständen viele Genossen von der Partei auf dem Standpunkt, die Partei sei überlebt und müßte deshalb beseitigt werden. Nur seien die Genossen zu schüchtern, dies offen zu sagen. (Als wenn die Genossen in Berlin junge Mädchen wären!) In der Diskussion sprachen dann einige Genossen der Partei und Union. Sie gaben dem Genossen Thissen den nötigen Zunder. Man solle doch nicht mit Einigkeit und dergleichen schönen Sachen kommen, wenn man die Genossen, mit denen man dies will, in einem Atemzuge beschimpft. Es meldete sich noch ein Genosse der Korschgruppe (der später gekommen war) zum Wort. Er begründete ebenfalls die Notwendigkeit der revolutionären Partei. Dies schlug dem Faß den Boden aus, und nun konnte man diese sogenannten Einheitsbrüder im wahren Licht erkennen. Thissen ging nun in der gemeinsten Art und Weise gegen den Genossen (von dem er auch seine Vergangenheit kennt) vor. Wenn derselbe zu uns, der Partei und Union, auch im Gegensatze steht, so muß doch gesagt werden, daß der Genosse ehrlich ist. Der werte Thissen versuchte es aber so darzustellen, als wenn derselbe unehrlich und ein Dunkelmann sei. Man bekam so das richtige Bild von den Klubleuten, denen die „Einheit" über alles geht.

Am besten ist es, wenn man dieses Völkchen unter sich läßt. Denn wer sich einmal zu solch einer verrückten Einstellung verrannt hat, ist verloren. Die Auseinandersetzung in der Partei, die der Parteitag abschloß, hatte, wie ersichtlich, das eine gute, daß sie solch leere Gestalten, wie Thissen, ans Tageslicht zerrte und als zu leicht befunden, in die Wüste wandern ließ.

Mühlheim

RFB. und Reichsbanner am 1. Mai.

Aus Mühlheim wird geschrieben:

Am 1. Mai vereinigen sich die Truppen Kautskys mit denen des Vaterlandsverteidigers Stalin. Beide zeigen eine Front. Das RB. wurde von dem Schlächter Hörsing des mitteldeutschen Aufstandes 1921 ins Leben gerufen. Er war das politische Ziel des RB. unter Anschluß an die Rechte bis Hitler. Seeckt als Inhaber der gesamten vollziehenden Gewalt zu unterstützen und die revolutionäre Arbeiterschaft zu erschlagen. Die verräterische offene konterrevolutionäre Tätigkeit der SPD. und des RB. aufzuzeigen, würde das Proletariat anwidern. Jedoch die „Linie" zwischen RFB. und RB. ist wichtig, weil beide als vaterlandsverteidigende „Kampforganisationen", die Befreiung des Proletariats für sich in Anspruch nehmen. Eine uniformierte Organisation ohne Idee, ohne Aktionswillen, ohne irgend greifbare politische proletarische revolutionäre Stoßkraft. Das ist schon darin begründet, daß seine Existenz in den Händen einer vaterlandsverteidigenden russischen Regierung, die die großzügigsten konterrevolutionärsten Handlungen vorgenommen hat. All die konterrevolutionären Akte innerrussischer oder außenrussischer Natur: Die Waffenlieferungen an offene weiße Staaten, die Ehren- und Ordensverleihungen, die Aufteilung des Landes an die Bauern, und Schaffung eines wohlhabenden Mittelbauernstandes und die daraus resultierende Verschärfung der sozialen Gegensätze. Ihr gebührt das Verdienst, eine neue, bis dahin in Rußland nicht dagewesene Landbourgeoisie geschaffen zu haben. Die revolutionären Flammenzeichen Chinas wurden mit diesem Ekkifeuerlöschgerät erstickt. Hinein in den Bürgerblock (Kuo min tang). „Tschian-Kai-Tschek", der kommende Mann Chinas. In England sieht man vor lauter „Heran an die Massen" keine englische Sektion mehr. In Deutschland einen verbürgerlichten RFB., aus dem der revolutionäre Elan verschwunden ist.

Die Schupozellen lassen die Schlagworte „Polizei-Spitzel" beim aufgeklärten Arbeiter lachen machen, lachen über die Zellenbauerei. Hundert halbrevolutionäre Kleinbürger für den RFB. gewinnen ist wichtiger, als 10 sich mit revolutionären Klassenkampffragen befassende Arbeiter. Hinein in die Kautsky-Armee der reformistischen Gewerkschaften, damit die Massen politisch aktiv gemacht werden für die Konterrevolution. Die Massen revolutionieren für die Einheitsfront zwischen Kautsky und Stalin, zwischen Litwinoff und Chamberlain, zwischen „roter" und Seekt-Armee, zwischen Tschian-Kai-Tschek und Borodin, zwischen „rotem" Vaterland und anderen Taterländern, das ist der Ekki-Kurs.

Rote Front-Kämpfer, auf Euch, auf Eurer Organisation, die nur ausführendes Organ einer bürgerlich staatserhaltenden Partei darstellt, ohne politischen Ausschlag, ohne Idee lastet ein schwerer Verrat am Klassenkampf des Proletariats durch Uniform, durch Schalmeien, durch Massenaufmärsche mit Trommeln und Pauken, durch den Papier- und negativen Pressekrampf (nicht Kampf) gegen die „Reaktion". Seht Ihr nicht, daß die praktische Aktion, die Revolutionierung der Betriebe, die Bildung von eigenen revolutionären Betriebsorganisationen eine zwingende Notwendigkeit wurde. Ihr ließet Euch ein Recht nach dem andern von oben herunter nehmen. Der RFB. wurde das willenlose Massenwerkzeug einiger konspirativ eingestellter Führer. Denkt an den „Kongreß der Werktätigen" an das Kräftevergeuden an den reformistischen Gewerkschaften, an roten Rummels aber an das Außerachtlassen der notwendigsten Aufgaben: Zerschlagung der Gewerkschaften und Schaffung von Betriebsorganisationen auf revolutionärer Grundlage der Räteidee und Diktatur des Proletariats.

Kampf um den Betrieb nicht mit den Gewerkschaften der 2. Internationale, sondern Bildung der revolutionären Betriebsorganisation gegen die reformistischen aller Schattierungen.

Heute, wo die Todeskrise das Kapital immer mehr die Ohnmacht erkennen läßt und die ganze Welt geradezu nach Besitzergreifung der Produktion durch das Proletariat schreit, ist es unerläßlich, dem Proletariat von den neuen Aufgaben, von dem falschen Weg zu überzeugen, daß die Revolution nur das Werk des Proletariats selbst sein kann. Uniformen, Brotbeutel, Feste, rote Rummel und so weiter passen nicht in den Rahmen der historischen Aufgaben, die auf Erfüllung durch das Proletariat warten. Nur wenn die Vorhut des Proletariats sich konsequent um die Lösung der Aufgaben, welche die Befreiung des Proletariats bedingen, scharrt und sich nicht auf Startschüsse aus Moskau verläßt, ist der Aufstand der Massen gegen die Unterdrücker gesichert.

Wählt nicht, Proletarier!

Proletarier! Die parlamentarischen Parteien von der äußersten Rechten bis zur „revolutionären" Linken fordern Euch auf, am 20. Mai Eure, durch die Weimarer Verfassung verbrieften „Rechte" auszuüben.

Sie fordern Euch auf, durch die Wahl des „richtigen" Vertreters in den Reichstag entscheidend mitzuwirken an der künftigen Gestaltung des Wirtschaftslebens, und damit Eures eigenen Schicksals. —

Nicht zum ersten Male ergeht der Ruf an Euch. Schon mehrere Male im letzten Jahrzehnt sollte Euer Elend durch einen Stimmzettel-Akt gemildert werden.

Ihr aber habt erfahren müssen, daß trotz allen ehrlichen Willens, ja den „richtigen" Vertreter zu wählen, Ausbeutung und Arbeitslosigkeit, Not und Elend in Eure Reihen gestiegen ist.

Von Tag zu Tag nahm der wirtschaftliche und politische Druck auf die Arbeiterklasse schärfere Formen an. Rücksichtslos saust die Geißel der Rationalisierung auf den Rücken des scheinbar wehrlosen Proletariats. Leichen und Krüppel zeichnen den Weg der durch **„Volkswillen beherrschten"** deutschen demokratischen Republik.

Besinnt Euch, ehe es zu spät ist!

Legt Euch ehrlich die Frage vor, ist bei allen, in den letzten Jahrzehnten getätigten parlamentarischen Wahlen grundlegend eine Aenderung Eurer wirtschaftlichen und politischen Rechte eingetreten? Nein!

Das nicht eingestehen, wäre Selbstbetrug. Und warum war diese Aenderung nicht möglich?

Seit dem Ausbruch des Weltkrieges und seinem Zusammenbruch besteht unerbittlich für das Proletariat die geschichtliche Notwendigkeit der Vernichtung der kapitalistischen Ordnung.

Der Kampf um den Kommunismus ist Tagesforderung!

Und in dieser, in den ökonomischen Tiefen sich umwälzenden Wirtschaftsordnung, deren geschichtliche Ueberlebtheit sich in einer ungeheuer steigenden Verelendung und damit Zuspitzung der sozialen Gegensätze wiederspiegelt, muß die Erkenntnis reifen, das die bestehenden Methoden und Formen des Klassenkampfes dieser kapitalistischen Gesellschaft nicht gewachsen sind.

Zu diesen veralteten Waffen gehört der Parlamentarismus. Wir leugnen nicht seinen früheren Wert für den proletarischen Klassenkampf. Leugnen nicht seine geschichtliche Bedingtheit in der Epoche der frühkapitalistischen Entwicklung. Doch mit der strukturellen Aenderung der ökonomischen Grundlage des Kapitalismus und seiner imperialistischen Höhe verlieren auch die alten Formen und Methoden des Klassenkampfes ihre Wirkungsmöglichkeiten. Von diesem Gesichtspunkt gilt es, die Praxis des parlamentarischen Kampfes zu bewerten.

Die Bourgeoisie hat ein Interesse daran, in dieser für sie gefährlichen Lage **dem Proletariat eine Anteilnahme an der Führung der Geschäfte der demokratischen Republik durch parlamentarische Tätigkeit vorzutäuschen.**

Diese Illusion ist eine gefährliche, die durch die gesamten parlamentarischen Parteien und deren Anträge und Tätigkeit im Parlament genährt wird.

Die kapitalistische Gesellschaft kennt keine Institution im kapitalistischen Staat, die im Gegensatz zu ihren Interessen steht.

Das Parlament kann daher nur reelle Arbeit leisten im Sinne der heutigen Gesellschaftsordnung.

Die ökonomische Grundlage bestimmt die Politik ihres Staates und seines Parlaments.

Der verabschiedete Reichstag war sich dieser Aufgabe wohl bewußt.

Zollvorlagen — Arbeitslosenversicherung — Schund- und Schmutzgesetz — Arbeitsgerichtsgesetz — Ausbau der Schlichtungs„ordnung" —, um nur die wichtigsten zu nennen, waren reale Arbeit im Sinne des Kapitalismus

und gegen das Proletariat.

Und alle radikalen Anträge und Versprechungen der parlamentarischen „Arbeiterparteien", die vor der Wahl, um hohe Mandatszahlen zu erzielen, dem Proletariat gemacht wurden, werden sich einfügen im Rahmen kapitalistischer Wirtschaft, wenn diese Versprechungen auf die Grenze der Unmöglichkeit kapitalistischer Realisierung stoßen. Umsonst das Geschrei der Wähler, wenn sie feststellen müssen, daß alle Versprechungen eben nur Versprechungen waren und ein Einfluß der Wähler auf die Abgeordneten gleich null ist. Oekonomisch und sozial losgelöst, bilden jene gewählten proletarischen Parlamentarier eine Schicht für sich, die aus ihrer gesicherten Existenz heraus eine Notwendigkeit der Revolution nicht mehr fühlen.

Aber auch der „revolutionäre Parlamentarismus" ist keine Besonderheit unter den schwarzen parlamentarischen Raben, trotz der Betonung der Unmöglichkeit positiver Arbeit im Sinne der proletarischen Revolution. Die Phrase, daß man das **Parlament als Tribüne** benutzen kann und daß die Abgabe des Stimmzettels der Gradmesser wären, um die hinter dem Kommunismus stehenden Massen des „arbeitenden Volkes" zu zählen, haben keine Beweiskraft.

Das erstere kann in der Presse des Proletariats weit tiefer und gründlicher geschehen, und den Beweis, wie weit das Proletariat in dem Begreifen seiner notwendigen Aufgaben vorgeschritten ist, können nur die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit zeigen, in dem das Proletariat seine gewonnenen Erfahrungen anzuwenden weiß. Der „revolutionäre Parlamentarismus" hat im letzten Reichstag selbst demonstriert, daß seine Praxis legale, parlamentarische Arbeit war, trotz einiger Boxkämpfe und Spucknapfkanonaden.

„Zustimmung zum Reichswehretat" — „Republikschutzgesetz"
— „Beamtenbesoldung bis Hindenburg" usw.,

das war **„revolutionäre, parlamentarische Arbeit".**

Wer vom Kapitalismus frißt, der stirbt daran, und politisch ist der revolutionäre Parlamentarismus gestorben!

Proletarier, begreift, daß trotz aller revolutionärer Phrasen mit Eurer Urnen-Aktion nichts getan ist im Sinne eines Befreiungskampfes. Denn gerade die **Illusionen** auf jene kampflosen Errungenschaften verdammen das Proletariat **zur Passivität, schalten Massenwillen und Massenaktion aus, machen die Revolution zur Angelegenheit einzelner parlamentarischer Führere, fördern somit den Weiterbestand der kapitalistischen Gesellschaft und damit Eure Ausbeutung und Verelendung!**

Proletarier, könnt Ihr das wollen? Nein!

Antwortet jenen sozialdemokratischen und revolutionären Zuhältern der kapitalistischen Ordnung:

Nieder mit dem bürgerlichen Parlament!

Das Gebot der Stunde heißt Massenaktion!

heißt Selbstbesinnung auf Eure eigene Kraft als Proletariat. In Eurer Hand liegt das eigene Schicksal. Schafft organisatorisch und ideologisch die Klassengrundsätze, die ohne gesezliche Fessel im Betrieb und auf dem Stempelmarkt das in den Schmutz gezerrte Banner der Revolution siegreich wieder aufrichtet! Kämpft Schulter an Schulter mit den Proletariern der antiparlamentarischen und antigesetzlichen KAP. und AAU. zum Sturze der kapitalistischen Gesellschaft!

Aus der Partei

Aufgaben der Partei

Auszug aus dem Referat zum 2. Tagesordnungspunkt des Parteitages.

Die KAP. ist eine marxistische Partei; oder genauer, sie ist bestrebt, nach jeder Richtung hin eine marxistische Partei zu sein. Was bedeutet das zunächst? Sie ist als Organisation nicht von vornherein etwas absolut Fertiges, auch in ihr vollzieht sich noch ein Entwicklungs- und Klärungsprozeß. Die Existenz der KAP. rührt nicht aus einer Verärgerung gegenüber der alten Arbeiterbewegung her, nicht deswegen, weil ein großer Teil von Personen innerhalb der Arbeiterbewegung durch die bürgerliche Gesellschaft korrumpiert worden ist, nicht deswegen ist die KAP. entstanden, sondern wenn wir sagen, daß die KAP. marxistisch ist, dann bedeutet das: Sie leitet ihre Existenzberechtigung von der Gesamtheit der kapitalistischen Verhältnisse ab. Wenn sie heute da ist gegenüber der alten Arbeiterbewegung, dann geht daraus hervor, daß innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in bezug auf die Produktionsformen eine Veränderung vor sich gegangen ist. Dann zeigt sich heute, daß die Arbeiterklasse nicht mehr vereinzelten, teilweise noch mit liberalen Gesten behafteten Unternehmern gegenübersteht, sondern daß bei der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit die Arbeiterklasse einem monopolisierten Kapitalismus gegenübersteht. Wir leiten also die Existenzbedingungen nicht, wie manche es uns vielleicht fälschlicherweise unterschieben, davon ab, daß man sagt, früher war aufsteigender Kapitalismus, jetzt ist Todeskrise. Also die Existenz der Partei hängt nicht davon ab, ob der Kapitalismus in der Niederganzepoche ist, wohl aber ist es sicher, daß die Aufgaben der Partei sehr eng damit zusammenhängen. Die Veränderung der Struktur der kapitalistischen Gesellschaft bedingt auch eine andere Form der Arbeiterbewegung, aber nicht nur eine andere Form der Arbeiterbewegung, sondern auch eine andere Methode der Taktik. Die Arbeiterklasse kann nicht mehr, wie in der Zeit des Frühkapitalismus in der Form von einzelnen Auseinandersetzungen den Klassenkampf führen. Der Kampf findet heute vielmehr, auf einer erhöhten Stufenleiter statt. Das ist nicht eine einfache Summierung des einzelnen, sondern die Quantität schlägt hier in die Qualität um. Es besagt noch nichts, wenn diese Erkenntnis nicht Gemeingut der großen Massen geworden ist, und wir zunächst eine noch kleine Organisation sind. Die Feststellung von klein und groß von dem Gesichtspunkt aus ist falsch. Wir müssen die Existenzberechtigung der Organisation von einer positiven Linie ableiten und nicht von einer Negierung der anderen Organisationen und deren Politik. Wenn die Existenzberechtigung der Partei sich ableitet von einer strukturellen Veränderung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und demgemäß von der Veränderung der übrigen damit zusammenhängenden Faktoren, dann ergibt sich daraus, daß die Aufgaben, die die Partei zu lösen hat, von derselben positiven Grundlage aus zu lösen sind, wie das in der Praxis so häufig vorkommt. Als marxistische Organisation hat natürlich die Partei, vor allem der Parteitag, die Pflicht, derartige Erscheinungen immer wieder zurückzuweisen und festzustellen, daß alle Aufgaben und alle Tätigkeit der Partei sich zu richten hat nach der positiven Grundlage. Das verstehe ich unter dem Bestreben, eine marxistische Organisation zu sein.

Der Parteitag hat eine doppelte Aufgabe zu erfüllen. Zunächst muß er einmal in programmatischer und organisatorischer Beziehung Fragen zum Abschluß bringen, die auf der letzten Konferenz des Zentralausschusses aufgeworfen und nur eine vorläufige Lösung gefunden haben. Aber darüber hinaus halte ich es für wichtiger, daß der Parteitag in positiver Hinsicht nicht nur abschließende Aufgaben erledigt, sondern auch vorwärtsweisende Fragen, wie z. B. in bezug auf sein praktisches Verhalten zu den Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit. Das sind die zwei Dinge, die wir heute unter dem 2. Punkt der Tagesordnung zu erledigen haben. Kommen wir zunächst einmal zu der abschließenden Aufgabe.

Die Kommunistische Arbeiter-Partei ist eine antiparlamentarische Partei. Der Antiparlamentarismus der KAP. leitet sich positiv ab. Der Antiparlamentarismus der KAP. ist begründet in der Erkenntnis, daß die strukturellen Veränderungen der kapitalistischen Entwicklung gleichzeitig eine Veränderung und Bedeutung der Kampfesmethoden der Arbeiterklasse bedingen. Der Parlamentarismus als Waffe ist nicht das Produkt der Arbeiterklasse, sondern der Geburt nach ein Mittel der Bourgeoisie gegen Krone und Junkertum. Die Entwicklung des Kapitalismus ist ein dialektischer Prozeß. Auch der Parlamentarismus hatte eine doppelte Seite, eine hinweisende und eine rückweisende, er trug einen Januskopf. Daß die reaktionäre Seite dieser parlamentarischen Kampfesmethoden nicht immer so stark in die Erscheinung trat, ist darauf zurückzuführen, daß die Bourgeoisie, solange sie den Kampf gegenüber Krone und Junkertum zu führen hatte, auf die Wahrung und den Ausbau ihrer eigenen Lebensrechte bedacht war. Wir leiten unsere antiparlamentarische Stellung nicht davon ab, daß im Laufe der Entwicklung einzelne Vertreter des parlamentarischen Systems korrumpiert worden sind. Wir leiten ebensowenig unsere antiparlamentarische Stellung davon ab, daß das repräsentative System des Parlamentarismus überhaupt nicht das Vertretungssystem der Arbeiterklasse sein kann. Das sehen wir heute ganz klar. Wir erkennen, daß das

parlamentarische System zu folgendem führt: Das zunächst eine Trennung zwischen den Führern und der großen Masse vor sich ging. An Stelle der Aktivität der Masse, die in den Anfangsstadien der parlamentarischen Betätigung eine Ergänzung der Einzelhandlungen der Parlamentarier hat, eine Passivität der Masse, indem die Aktivität der Masse ausgeschaltet wurde. Die Parteien wurden eine Wahlmaschine, die, um möglichst viele Mandate zu bekommen, eine passive und reaktionäre Ideologie bei den Arbeitern immer mehr erzeugen mußten. Allmählich tritt an Stelle von Klassenaktionen die Tätigkeit der Fraktionen.

Wenn über die Frage, warum wir letzt Antiparlamentaristen sind, keine Meinungsverschiedenheiten bestehen, dann muß in diesem Zusammenhang auf die Frage eingegangen werden, inwieweit nun die parlamentarische Betätigung der Arbeiterklasse in der Vorkriegszeit richtig oder falsch war. Es wurde in der KAZ. in einem Artikel zum Parteitag die Auffassung vertreten, daß der Parlamentarismus nicht erst jetzt, in der Phase des monopolisierten Kapitalismus, sondern überhaupt von Anfang der Arbeiterbewegung an, ein Irrweg gewesen sei. Für die Herausarbeitung einer klaren Linie und für die wirkliche positive Gründung unseres Antiparlamentarismus ist die Frage maßgebend, ob das Verhältnis der Arbeiterklasse zum Parlamentarismus vor dem Kriege von vornherein falsch war. Zunächst stellen wir fest, daß der Parlamentarismus und das Verhältnis der Massen zum Parlamentarismus im monopolisierten Kapitalismus ein anderes geworden ist, als z. B. in der Manufakturperiode, damit ist schon ganz klar ausgedrückt, daß die Methoden der Arbeiterbewegung mit den strukturellen Veränderungen des Kapitalismus und seiner dialektischen Bewegungen eng verknüpft sind. Daß sie historisch bedingte Kategorien sind, daß sie nicht einem Wunsche entspringen, auch nicht einem absoluten Gedanken, sondern daß diese Erkenntnis das Produkt der Verhältnisse selbst ist. Wenn wir sagen, daß die parlamentarische Betätigung der Arbeiterklassen vor dem Kriege für ihre historische Berechtigung hatte, so heißt das zunächst einmal, wir lesen sie nicht am Kalender ab, weil es sich um einen dialektischen Prozeß handelt. Trotzdem muß man sich bei der Betrachtung all dieser Dinge natürlich an bestimmte Zeitmomente halten. Wenn das Parlamentarismus und sein Verhältnis zu den Massen von Anfang an in der Arbeiterbewegung falsch wäre, dann hätten die antimarxistischen Strömungen viel marxistischer als Marx gesehen. Wir leugnen nicht die Erfahrung, wir sehen heute und haben auch schon vor dem Kriege gesehen, daß das Verhältnis der Massen zum Parlament zu äußerst reaktionären Auswirkungen führte. Ich erinnere dabei an das Stichwahlabkommen von 1910. Wir sehen heute auf Grund der Kriegs- und Revolutionserfahrungen, daß sich diese Entwicklung immer stärker auswirkt, wir sehen heute ferner ganz klar, daß der Zeitpunkt vorbei ist, wo die parlamentarische Waffe noch praktisch berechtigt ist. Weil die strukturelle Entwicklung des Kapitalismus zum Monopolismus zeigt, daß eine weitere Anwendung der parlamentarischen Methoden zu einer reaktionären Ideologie führt, die auf die Erhaltung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung hinausläuft. Zu dieser Erkenntnis reicht jedoch die Erfahrung allein nicht aus, sondern gehört auch die dialektische Betrachtung. Wenn wir unsere antiparlamentarische Stellung begründen, so dürfen wir uns dabei nicht den Boden unter den Füßen selbst entziehen und behaupten, daß die Einstellung der Arbeiterbewegung von Anfang an eine falsche war. Damit verschließen wir uns die lebendigen Quellen der dialektischen Erkenntnis, mit deren Hilfe wir ja erst überhaupt zu unserer antiparlamentarischen Einstellung gekommen sind. Noch eins, Genossen: daß natürlich innerhalb der antiparlamentarischen Betätigung die beiden Tendenzen einer vorwärtsweisenden und einer rückweisenden Haltung von Anfang an vorhanden gewesen sind, ist etwas ganz anderes. Daß ebenso diese hinweisenden Elemente nur ganz langsam verklingen, ist auch eine unbestrittene Tatsache. Der Versuch Liebknechts war, in einer Phase ziemlich hoch gesteigerter Widersprüche und katastrophaler Auseinandersetzungen mit dem Kapitalismus im deutschen Reichstag mit seinen kleinen Anfragen das letzte Ausklingen, und der verzweifelte Versuch, durch parlamentarische Tätigkeit revolutionäre Arbeit zu leisten. Wenn es wahr wäre, daß von Anfang an das Verhältnis der Massen zum Parlamentarismus falsch gewesen ist, dann müssen wir angesichts dieser Tatsachen offen aussprechen, daß die Betätigung Liebknechts im deutschen Reichstag während des Krieges die größte reaktionäre Tat war. Entweder ist also Liebknechts Tat eine revolutionäre Tat, oder sie ist als Spitzenleistung die größte Reaktion. Ich will damit nicht sagen, daß wir unsere antiparlamentarische Einstellung gefühlsmäßig begründen, ich will vielmehr nur aufzeigen, wohin es führt, wenn man den Boden der dialektischen Betrachtung verläßt. Zum Schluß noch eines: die Arbeiterbewegung in den zurückgebliebenen Ländern braucht nicht noch einmal alle die Irrtümer der Arbeiterbewegung zu durchlaufen. Dem diese Entwicklung beginnt nicht bei der Manufakturperiode, sondern sie beginnt mehr oder weniger auf einer bestimmten Höhe des monopolisierten Kapitals. Daraus ergibt sich, daß die Arbeiterbewegung dieser Länder nicht noch einmal jene Entwicklung durchmachen muß, die die fortgeschrittenen Arbeiterbewegungen durchgemacht haben.

Ehe ich dieses Kapitel verlasse, möchte ich noch ein Moment anführen. Wenn das Verhältnis der Massen zum Parlamentarismus vor dem Kriege falsch war, so würde dies alles zu ungeheuerlichen Konsequenzen führen. Wir erkennen in der Phase des monopolisierten Kapitalismus, daß die Gewerkschaften alte Mittel im Kampf zwischen Kapital und Arbeit, überholt sind und geschichtlich überwunden werden müssen, wenn die Revolution siegen soll. Die Gewerkschaften waren in der Vorkriegszeit die natürliche Form der Organisation der Arbeiterklasse, die die Aufgabe hatten, die kapitalistischen Machtgesetze, gleiche Werte gegeneinander auszutauschen, durchzuführen. Nach der Behauptung, daß der Parlamentarismus von allem Anfang an falsch war, wären auch die Gewerkschaften genau so gut von Ursprung an falsch gewesen, wie überhaupt dann die ganze Arbeiterbewegung von vornherein falsch gewesen wäre.

Unsere antiparlamentarische Einstellung ist ein Ausfluß des dialektischen Entwicklungsprozesses als einer Veränderung der kapitalistischen Produktionsweise. Wo die Ursache zur Wirkung und die Wirkung zur Ursache wird. Damit hängt auch der Abschluß zusammen, den wir hier treffen müssen in bezug auf die Frage im Falle Schwarz.

Die Liquidierung der entschiedenen Linken und die Liquidierung des Falles Schwarz hat in der Partei eine ziemlich heftige Diskussion hervorgerufen. Es mag vielleicht als ein günstiges Zeichen betrachtet werden, daß die Auseinandersetzung über diesen Abschluß und über diese Liquidierung gerade an einem Augenblick auftreten, wo die Partei als Organisation zum erstenmal einen positiven Schritt in bezug auf die praktische Anwendung ihrer Grundsätze im Klassenkampf getan hat. Das soll uns aber nicht hindern, noch einmal in aller Ruhe und Sachlichkeit die Entwicklung des Falles Schwarz und unserer antiparlamentarischen Einstellung dazu aufzurollen. Da heißt es z. B. im Antrag der Genossen von Hamburg: „In Erwägung, daß der letzte Zentralausschuß den sogenannten Fall Schwarz nicht erledigte, weil er trotz der Feststellung, daß die Mandatsfrage keine Angelegenheit der Partei sein kann, die genannten Entartungen nicht entsprechend qualifizierte, beschließt der Parteitag, diese Vorfälle vor der proletarischen Oeffentlichkeit als antikommunistisch zu bezeichnen und davon abzurücken." Genossen, daraus geht hervor, aber daß ist ja auch die Auffassung des GHA. und der Organisation, daß der Fall Schwarz keine Angelegenheit der Partei war und ist. Wenn also der Fall Schwatz keine Frage der Partei ist, so hat doch aber die Lösung dieser Angelegenheit zu Weiterungen geführt, und das ist die Auffassung der Hamburger Genossen, die sich mit einer kommunistischen Partei nicht vereinbaren lassen, einmal aufzuwerfen und endgültig abzuwickeln. Die Dinge liegen doch so: Die Partei hat nicht den Genossen Schwarz aufgefordert, sein Mandat nicht niederzulegen. Nicht die Partei stellte die Frage, sondern Schwarz stellte die Frage des Mandats vor der Partei. Das ist von entscheidender Bedeutung. Unter diesen Umständen gewinnen die Thesen und die Anträge der Hamburger Genossen und die Entschließung der Kontrollkommission eine andere Bedeutung. Es ist daher notwendig, diese Entschließung der Kontrollkommission noch einmal einer näheren Prüfung zu unterziehen. Die Entschließung der Kontrollkommission besagt, daß die Anregung selbst von Funktionären der KAP. ausgegangen ist. Bei der

Aufruf!

Genossen! In diesen Tagen und Monaten droht die reformistische Flut alle Dämme zu sprengen. Die parlamentarischen Parteien führen anläßlich des Wahlrummels ein Schauspiel auf, daß alles bis dahin dagewesene in den Schatten stellen wird. Die revolutionären Organisationen sind durch Solidaritätspflichten gegenüber streikenden Genossen schon stark belastet.

Und doch müssen wir der verstärkten reformistischen Offensive verstärkte Anstrengungen entgegensetzen.

Wir fordern alle Genossen und mit uns und unserem Kampf Sympathisierenden auf, helfend einzuspringen. Fordert Kampffond-Marken an, die unter dem Proletariat vertrieben werden können! Zeichnet für den Presselonds! Bedenkt: der Kampf des revolutionären Proletariats ist kein Geschäft, es ist der Kampf für die Revolution!

Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42.

Beantwortung ist zuerst die Frage aufzuwerfen, versteht die Kommission unter Funktionären den GHA.? Wenn nicht, so komme ich nur zu dem einzig möglichen Resultat, daß die Anregung zu der Mandatsniederlegung nicht vom GHA. ausgegangen ist. Als bei der Liquidierung der „Entschiedenen Linken" die Frage des Falles Schwarz akut wurde, nahmen die Körperschaften offiziell Stellung zu dem Fall Schwarz und sie haben nach eingehender Betrachtung der Umstände klipp und klar erklärt, daß diese Frage keine Frage der Partei ist. Den einzigen Vorwurf, den man der Parteileitung in ihrer Stellungnahme zu dem Falle machen kann, könnte man darin erblicken, daß sie ihren Standpunkt nicht hart genug, nicht stark genug durchgesetzt hat. Der Genosse Schwarz erklärte, damals aus Existenzgründen nicht niederlegen zu können, um aber keinen persönlichen Gebrauch von seinen Diäten zu machen, stelle er sie der Organisation ohne irgendwelche Bedingungen zur Verfügung. Für die Partei war er damit ein Sympathisierender, den sie genau so beurteilte, wie alle übrigen Sympathisierenden. Unsere Einstellung steht in keinem Falle in einem Widerspruch zu unseren antiparlamentarischen Linien.

Im Falle der Granatenrede liegen die Dinge doch so: Die Partei führte die Sowjet-Granatenkampagne und schöpfte natürlich alle Möglichkeiten aus, um diese Kampagne zu einem positiven Resultat der Arbeiterbewegung auszugestalten. So hat sie sich bei der Kampagne auch auf die Rede von Scheidemann gestützt. Die „Entschiedene Linke", die das Kaulquappenschwänzchen ihrer parlamentarischen Auffassung noch nicht abgestreift hatte, beschloß, der Genosse Schwarz solle seine Immunität ausnutzen, illegales Material vom Abgeordneten Thomas, München, in einer Reichstagsrede gebrauchen. Ich gebe zu, das war hir die „Entschiedene Linke" eine Belastungsprobe. Darüber ist kein Zweifel. Es war für die Partei, wo sie Berührungspunkte mit der EL. hatte, ein Marschieren hart an der Grenze, ein Marschieren hart am Abgrund, darüber ist wohl kein Zweifel. Aber, Genossen, ich muß offen gestehen, die Partei ist in diesen Abgrund keineswegs hineingefallen. Man kann deshalb nicht sagen, wir müssen vor aller Oeffentlichkeit die Entartung feststellen, wo es die Umstände verlangen. Von diesem Gesichtspunkte aus kann und ist die Granatenrede keine Entartung. Das ist sicher, das leugnen ja auch nicht die Hamburger, sie stellen dies ja ausdrücklich fest in ihren Thesen, daß die praktische Arbeit der Partei vom Zentralausschuß bis heute trotz der angeblichen Entartungen richtig war. Eine Entartung hat keineswegs stattgefunden. Man könnte höchstens sagen, die Partei hat insofern ein gewagtes Spiel unternommen, als sie den Entwicklungsprozeß innerhalb der Entschiedenen Linken zum Antiparlamentarismus, wenn auch nur für einen ganz kurzen Augenblick, zum Stillstand gebracht hat. Eine solche Haltung der Partei kann aber nie und nimmer als eine Entartung zum Parlamentarismus ausgelegt werden.

Nun möchte ich noch einen anderen Einwand berühren, und zwar den Einwand der holländischen Genossen. Die holländischen Genossen sind bei der Beurteilung des Falles Schwarz nicht erschöpfend unterrichtet worden, so daß sie sich kein vollkommen klares Bild über die tatsächlichen Dinge machen können. Ich gebe zu, daß, wenn man bei der Beurteilung des Falles nur auf die einzelnen Berichte und Diskussionen in der Presse angewiesen ist, man zu falschen Schlußfolgerungen leicht kommen kann. Für die holländischen Genossen konnte angesichts dieser Umstände sich leicht die Vermutung ergeben, als sei Instanzenpolitik getrieben worden, und zwar um so mehr, als eine der sogenannten Feststellungen der Kontrollkommission auf diese Behauptung hinauslief. Die Fragestellung der Kontrollkommission lautete: „Ist es wahr, daß der Hauptausschuß die Frage der Nichtniederlegung zuerst unter sich entschied und vorläufig die Diskussion in der Mitgliedschaft verhot?" Die Feststellung dazu ist aber, „nachdem die Körperschaft diese Frage angeschnitten hatte, wäre es ratsamer gewesen, nicht so lange zu zögern, sie vor die Mitgliedschaft zu bringen; dann wäre auch vermieden worden, daß die verschiedenen Auffassungen, die durch die zögernde Haltung der Parteileitung hier und da hervorgerufen waren, sich hätten in dem Maße breit machen können, wie es bei der ganzen Beurteilung des Falls Schwarz geschehen ist." Dazu ist nun weiter folgende Feststellung zu machen, bei der Untersuchung des Falles an Hand von Tatsachen hat es sich ergeben: die Körperschaften haben sich mit der Frage der Nichtniederlegung oder der Niederlegung des Mandats durch den Genossen Schwarz zweimal beschäftigt, und zwar einmal empassant, als die Frage noch nicht akut war, das andere Mal, als sie durch die Haltung der entschiedenen Linken und durch die Erklärung des Genossen Schwarz akut war. Sie vertraten den Standpunkt der Zweckmäßigkeit. Es wurde beschlossen, alle diese Dinge nicht auf die lange Bank zu schieben und zur endgültigen Beschlußfassung des Falles den ordnungsgemäßen organisatorischen Weg unverzüglich zu beschreiten. Die von verschiedenen Seiten aufgestellte Behauptung, daß so etwas wie ein Verbot bei der Behandlung des Falls ausgesprochen wurde, besteht nicht. Die Partei ist keine Partei der Geheimniskrämerei. Der geschäftsführende Hauptausschuß hat durchaus keine Instanzenpolitik betrieben, wenn er nicht den Beschluß der Berliner Mitgliederversammlung zur Durchführung brachte, sondern einen einen Beschluß der gesamten Organisation herbeizuführen suchte. Daraus ergibt sich doch einwandfrei, daß die sogenannte Entartung, die uns vorgeworfen wird, durchaus keine Entartung ist und auch nicht die Genossen in Holland, wie dies s. Zt. zum Ausdruck gekommen ist, den Eindruck haben mußten, als ob eine reine Instanzenpolitik betrieben worden ist. Die Genossen in den Körperschaften haben genau wie bisher die Entscheidung auch über den Fall Schwarz den Mitgliedern vorbehalten. Die Vorwürfe der Instanzenpolitik, die uns gemacht worden sind, fallen vollständig in sich zusammen, wenn wir eine einzelnende Prüfung der einzelnen Phasen in der Beurteilung des Falles vornehmen, es kommt doch nur auf das tatsächlich Geschehene an. Wenn ich mich auf den Standpunkt der Hamburger stelle und anerkenne, daß es eine Entartung sei, dann würde dies praktisch bedeuten, daß es bei einer Entartung und somit bei einer Instanzenpolitik geblieben sei. Wenn Dinge eine Logik haben, dann ist diese Logik der Hamburger Genossen falsch. Sie stellen selbst fest, daß, abgesehen von dem einmaligen Uebergriff, bis dato keine weitere Entartung festzustellen ist, trotz aller Prophezeiungen. Was ist nun angesichts dieser Widersprüche die Pflicht des Parteitages: Der Parteitag muß ganz klipp und klar feststellen, woraus unsere antiparlamentarische Stellung resultiert und daß die Erledigung des Falles Schwarz allerdings durch diese Dinge verwirrt und verdunkelt wurde. Zugegeben muß aber werden, daß die Lösung, wie sie der Zentralausschuß gefaßt hat und wie die weitere Praxis der Partei es beweist, richtig gewesen ist. Daraus ergibt sich folgendes: Es handelt sich nicht um eine Prestigefrage. Ich glaube, nachgewiesen zu haben, daß, soweit es sich um die praktische Tätigkeit handelt, die Politik des Hauptausschusses in dieser Frage, wenn auch vielleicht nicht immer mit der notwendigen Festigkeit, aber trotzdem konsequent und richtig gewesen ist, und auch unserer antiparlamentarischen Stellung nicht widerspracht. Das muß auch der Parteitag bestätigen.

(Schluß folgt.)

Organisatorische Mitteilungen

Achtung, Mainummer!

Die Mainummer der „KAZ." erscheint am Mittwoch, den 26. April in erhöhter Auflage und besonderer Ausstattung. Alle Wirtschaftsbezirke und Ortsgruppen müssen sofort Mehrbestellungen bei dem Verlag der „KAZ." aufgeben.

Groß-Hamburg.

Außerordentliche kombinierte Mitgliederversammlung von Partei und Union am Dienstag, den 24. April, im Lokal Eckelmann, Barmbeck-, Ecke Hamburger- und Bartholomäusstraße.

Tagesordnung: Die Tätigkeit der beiden Organisationen am 1. Mai und zur Reichstagswahl.

Kein Genosse darf fehlen! Die Arbeitsausschüsse.

Brunsbüttel-Altona. Am Freitag, 27. April, 8 Uhr, im Lokal „Lindenkrug", Lindenallee 31: Diskussionsabend: „Die wirtschaftlichen und politischen Aufgaben der Proletarierdiktatur." Sympathisierende sind eingeladen.

Mitteldeutschland.

Sonntag, den 29. April, **kombinierte Bezirkskonferenz** der KAP. und AAU. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag. 2. Organisatorisches. 3. Verschiedenes.

Alle Ortsgruppen und Verbindungsstellen müssen vertreten sein. Nähere Mitteilung erfolgt durch Rundschreiben.

Rheinland-Westfalen.

Am Sonntag, den 29. April 1928, vormittags 9 Uhr, findet in Düsseldorf, Lokal Seevens, Kieferstraße 2, eine kombinierte Bezirks-Konferenz der AAU. und KAPD. statt. Provisorische Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag. 2. Organisatorisches. a) Bericht der Leitungen und Gruppen. b) Anträge (siehe Rundschreiben). 3. Verschiedenes.

Jede Ortsgruppe der Union sowie Partei muß durch einen Delegierten vertreten sein.

Die Bezirksleitungen.

Oeffentliche Diskussionsabende.

Eberswalde: Freitag, den 27. April, abends 7.30 Uhr, im Lokal „Gemütliche Klause", am Bahnhof.

Groß-Berlin.

Achtung! Bezirksleiter.

Nächste **Sitzung der Zentrale:** Mittwoch, den **25. April, abends 8 Uhr,** an bekannter Stelle.

Mitgliederversammlungen der Partei.

Freitag, den 27. April 1928, abends 8 Uhr, in allen Bezirken.

Schöneberg.

Oeffentlicher Diskussionsabend Freitag, den 27. April, abends 8 Uhr, im Lokal Schünemann, Sedanstr. 19-20. Thema: „Die Wahlen und das revolutionäre Proletariat."

Sympathisierende und „KAZ."-Leser werden hiermit besonders eingeladen.

KAPD. u. AAUD. II. Bezirk.

Alle Parteigenossen, die am Bühnenstück „Massenaktion" mitgewirkt haben, werden ersucht, am **Donnerstag, den 26. April, abends 8 Uhr,** in der **Buchhandlung** zu erscheinen.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Georg Sträbing, Berlin N. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur. Willy Isselhorst, Berlin O 17.

Große öffentliche Mai-Versammlung

Dienstag, den 1. Mai 1928, vormittags 9,30 Uhr,

in Haverlands Festsälen, Berlin C, Neue Friedrichstr. 35 (Eingang Rochstraße)

Massenbesuch erwartet

KAPD. AAUD. KAJD.

Mai-Nummer

9. Jahrg. Nr. 32

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 26. April 1928

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,50 Mark, zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Wir weichen nicht!

Den 1. Mai 1928 richtig zu werten, heißt die Lage nach dem 20. Mai zu sehen. Sie wird dieselbe sein wie die vor den großen „Schlachten", — das ist gewiß! — aber die ganze Summe zersetzter Illusionen, die heute noch den politischen Alltag charakterisiert, hinweggeblasen, wird zu der rauhen Wirklichkeit noch fügen, den großen Katzenjammer nach der reformistischen Schlammflut. Vor lauter „Kampf" und parlamentarischer Rüstung zu den „Entscheidungsschlachten" sehen die Arbeiter das Elementarste, Ausschlaggebende nicht mehr. Durch die parlamentarische Dreckwolke, der sie ausgesetzt sind, blitzt unablässig das kapitalistische Morsezeichen: „Für verbindlich erklärt", und die treuen Diener der Demokratie antworten in denselben Zeitungen, in denen die Seelen der Untertanen für den Wahlrummel gargekocht werden: „Streik beendet". Kurz und sachlich. Auf der vierten Seite!

„Sie sind wie ein Schaf, das zur Schlachtbank geführt wird, und still wie ein Lamm vor seinem Scherer." Die Metallarbeiter Mitteldeutschlands, Berlins, die Ruhrbergleute, die Metallarbeiter in Sachsen: ein Bataillon nach dem andern wird so verschachert und verraten. Sie sehen noch nicht ganz klar, sie glauben immer noch, daß die parlamentarische Mühle anders malen wird, wenn andere Müller sie laufen lassen, und sehen voll kindlicher Naivität den „Aufmarsch" am 1. Mai entgegen, an dem die Heerhaufen gemustert werden sollen, die am 20. in die „Entscheidungsschlacht" geworfen werden.

Eine ganz kleine Belastungsprobe würde schon genügen, um den Spuk zum Zerflattern zu bringen. Wenn z. B. die Ruhrkumpels selbst die Phrasen ihrer Sklaventreiber ernst nehmen würden und auf einen solchen Schiedsspruch antworten würden mit dem Streik der Kohlengräber. Würde das eine Aufregung werden! Die ganze „Linksschwenkung" würde gefährdet, weil, ja weil die Bourgeoisie „links" wählt deshalb, weil noch keine Partei mit dem Proletariat so fein fertig geworden ist, wie die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften. Sie kann derartige traurige Auguste wie den Kendel, der gar nicht weiß, wie er in der Welt lebt, nicht mehr gebrauchen. — Und die Sozialdemokraten und Gewerkschaften, die heute unverfroren wie nur denkbar ihre Verlogenheit leugnen und sich mit dem Löwenfell maskieren, weil das so billig ist — sie würden, stünden die Sklaven auf und wollten mit Gewalt das Stück Brot auch nur entrotzen, das man ihnen vor dem Schiedsspruch versprach, zu „erkämpfen", vor dieser „Antigesetzlichkeit" verdammt mehr erschrecken, als sie vor dem Weltkrieg erschrocken sind. Aber selbst diese leiseste Regung, diese allergeringste Eigeninitiative des Proletariats fehlt noch. So können die vollgefressenen Mordspatrioten der SPD. und des ADGB. vor der Hand noch beruhigt sein. Sie werden nicht gestört in ihren Sorgen um Mandate und Regierungssessel.

Die Taktik des Parlamentarismus und der Gewerkschaften mit ihrer „Wirtschaftsdemokratie" ist zur wirksamsten Waffe für die Niederhaltung des Proletariats geworden. Die kapitalistische Klasse ging ohne Illusionen an die Restauration der alten Gesellschaftsordnung, und hat diese Restauration mit Hilfe von Gewerkschaften und Sozialdemokratie durchgeführt. Da gab es keine Sentimentalitäten! Der gekrümmte Rücken des proletarischen Riesen wurde wieder zum Fundament umgehemmter Profiterzeugung. Um ihn an den stärkeren Hunger zu gewöhnen, der für die neue „Stabilisierungs" Bedingung wurde, wurden die Fesseln vielseitiger, stärker, raffinierter. So steht das deutsche Proletariat da: zwanzigmal verraten, ausgehungert, von den Messern der Rationalisierung von allen Seiten gepackt. In der Hand die „Verfassung des Deutschen Reiches", in der zu lesen steht, daß auch der Arbeitslose ein menschenwürdiges Dasein, jeder eine anständige Wohnung habe, jedem der Weg offen stehe zu Amt und Würden. Und seine Bonzen klopfen ihm vertraulich auf die Schulter: „Wie fühlst du dich so als vollberechtigter Staatsbürger, Kollege?" Sind die Erfolge der Demokratie nicht mit der Hand zu greifen?

In diesem Zeichen absoluter Passivität des Proletariats steht der 1. Mai 1928. In diesem Zeichen völliger Passivität dient dieser 1. Mai als parlamentarischer Karneval für den 20. Mai. — Weiter nichts. Das Geschrei über Einigkeit und Einheitsfront ist nur die raffinierte Verherrlichung proletarischer Hilflosigkeit dem eigenen Schicksal gegenüber. „Massen" werden aufmarschieren, dessen sind auch wir gewiß, aber für seine Massenhaftigkeit kann das Proletariat ja selbst nichts. Einen Spaziergang nach Treptow, oder einen Papierzettel in einen verschlossenen Krug werfen — das können auch Kinder. Dazu ist weder Kraft, noch Geist, noch Mut notwendig.

Das revolutionäre Proletariat zögert daher keinen Augenblick, auch in Zeiten heilloser Verwirrung und stinkender politischer Korruption und Unzucht, dem Proletariat das zu sagen, was ist. Es mußte sich bitter rächen, daß jene reformistische Vergiftung das Proletariat unfähig machte, zu handeln, als die Geschichte ihr „Ablösung vor", der proletarischen Klasse zurief. Die modernden Gebeine erschlagener Proletarier in den Spartakustagen, in Bayern, in Mittelteutschland, in Hamburg waren keine Zeichen des Sieges — sondern der Niederlage. Die Bourgeoisie hat mit Hilfe derer, die den wilhelminischen Generälen in Krieg und Revolution die blutbefleckten Stiefel leckten, ihre Demokratie aufgerichtet, und wird mit dieser Demokratie und ihren demokratischen Knechten die Massen ausbeuten und ausquetschen bis zu deren Bewußtlosigkeit. Auch der Bourgeoisie und ihrer Staatsgewalt, die, so lautet ein lächerlich dummes Verslein, „vom Volke ausgeht", eine Besserung der Lage des Proletariats erhoffen, ist ein Traum, der dem Proletariat durch Blut und Tränen ausgetrieben werden wird. Darüber täuscht keine noch so blutige Komödie hinweg, wie sie der erste Mai 1928 darstellt. Von den Nutznießern dieser Demokratie zu erwarten, daß sie, die während des Kriegsgemetzels und der Revolution vor keiner Infamie gegen die Arbeiterklasse zurückschreckten, auf der Seite des Proletariats stehen würden, wenn einmal wieder der Riese sich aufrichtet, kommt dem Versuch gleich, Rosen von den Disteln zu ernten. Aber dennoch scheint die Ironie der Geschichte es zu wollen, daß der vergangene Anschauungsunterricht nicht genügte, daß jene Helden der Konterrevolution höchst eigenmächtig die Illusionen in dem Blute der Arbeiter ertränken müssen, die trotz aller grausamen Vergangenheit emporschießen wie Unkraut im ungepflügten Acker.

Deshalb ist für die tatsächliche Lage und die daraus folgende Entwicklung des demokratischen Blendfeuerwerk in den Maitagen 1928 so bedeutungslos wie der Krach besoffener Idioten in der Neujahrsnacht. Der Mai wird rasch vorüber sein — und der Hunger ist, trotz Blütenpracht und Lerchengesang, der Hunger ist geblieben! Geblieben sind auch die Probleme der Arbeiterbewegung. Die Schiedsspruchgeißel wird weiter fuggieren, unbarmherzig und präzise. Die Rationalisierung wird weiter fressen, und verschärfte Ausbeutung und Arbeitslosigkeit muß das weitere Ergebnis sein. Es gibt kein Zurück mehr mehr, es gibt nur noch ein Vorwärts, und in diesem Vorwärts liegt der Zwang für die Sklaven der Demokratie, diese Demokratie anzugreifen und zu vernichten, um auf den Trümmern dieser kapitalistischen Ordnung die neue Welt zu errichten.

Der „Sozialismus" der Noske und Scheidemann hat jedoch mit diesem Kampf des Proletariats ebensowenig zu tun, wie der „Kommunismus" des Bauernkönigs Stalins. Die Internationale der Konterrevolution reicht sich über die ganze Erde von neuem die Hand und alle Rebellen gegen die Stabilisierung verfallen der Feme, auch dann, wenn sie, wie in Rußland, die Fahne der „positiven Mitarbeit" schwenken. Aber die „Stabilisierung" ruht auf tönernen Füßen. Die Luft ist voll Kriegsgeschrei, es wimmelt bereits wieder von bedrohten Vaterländern. Die Sklaven murren, noch treten sie auf der Stelle, — wer weiß, wann sie marschieren?! Die Toten der Revolution sind ein guter Dünger, einmal wird ihre Stimme wieder lebendig und in das Geschwätz parlamentarischer Wichtigtuer wird fahren die schneidig scharfe Stimme der Revolution: Alle Macht den Räten! Das ist das Ziel, das wir erstreben, und mag der Weg dorthin auch lang. Wir weichen nicht. Denn nur dieser Weg führt zum Maientag des Proletariats!

Zum ersten Mai.

Im Jahre 1889 beschloß der Pariser Kongreß der 2. Internationale, die Feier des 1. Mai. In großen Demonstrationen und Versammlungen sollte an diesem Tage der Achtstundentag gefordert werden. Die Demonstration war als eine einmalige gedacht. Bald aber wurde die Feier des 1. Mai zu einer ständigen Veranstaltung der Arbeiterparteien der 2. Internationale. Sie wurde nach der Spaltung dieser Internationale im Weltkrieg und nach dem Weltkrieg selbst auch von den Bolschewisten und Kommunisten übernommen. Deshalb haben auch die revolutionären Marxisten, die in der Kommunistischen Arbeiter-Partei vereinigt sind, Veranlassung, sich mit der Feier des 1. Mai und den Problemen, die sie aufwirft, zu beschäftigen.

Als die Maifeier im Jahre 1889 beschlossen und proklamiert wurde, war sie, jedenfalls soweit die Arbeitermassen in Frage kamen, als eine revolutionäre Kundgebung gedacht. Es schien möglich, mit revolutionären Mitteln die Aktionssphäre der Arbeiterschaft zunächst innerhalb und sodann außerhalb des kapitalistischen Systems und seiner demokratischen Ordnung zu erweitern und auszubauen. Hob sich doch auch die Lebenslage eines Teiles der proletarischen Massen innerhalb des Kapitalismus, zwar langsam, aber andauernd. Man schien nur wollen zu müssen, um das kapitalistische System bis an seine Grenzen zu treiben und letzten Endes zu zerstören. Doch lag der „Zukunftsstaat" selbst in einer immerhin nebelhaften Ferne und die Teilforderungen und Teilkämpfe des Tages schienen den sozialistisch gestimmten Arbeitern das Ziel zu sein, um das zunächst der Kampf zu gehen hätte.

Organisatorisch fand die Massenbewegung ihren Rahmen in den Gewerkschaften und eine ihrer Spitzen im Parlament. Die Heldentaten der Pariser Kommunarden fanden zwar rühmende Anerkennung. Die weit in die Zukunft weisenden Ereignisse und Erfahrungen dieser Heldenzeit waren jedoch praktisch vergessen. Oder vielmehr die Arbeiterbewegung der Antisteigerperiode des Kapitalismus in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts war gar nicht dazu gekommen, auch nur an ihre Wertung heranzutreten. Die Worte Karl Marx' über die Kommunarden waren verhallt. Die Bernstein und Konsorten hatten alle Hände voll zu tun, um zu der reformistischen Praxis die revisionistische Theorie zu schaffen und das große Werk des Meisters selbst dem Wortlaut nach zu verfälschen.

Die russische Revolution von 1905 schien an dem Gebäude des deutschen wie des internationalen Reformismus entscheidend zu rütteln. Schon erhob Rosa Luxemburg in der Frage des Massenstreiks, der mit jener der Maifeier in diesen Jahren zusammenhing, ihre Stimme gegen den immer sichtbareren Bankrott der alten Sozialdemokratie, soweit sie noch eine revolutionäre Partei zu sein vorgab und in der Form des zentristischen Kautskyismus die Arbeiter immer wieder zu narren suchte und verriet.

Die russische Revolution warf den Gedanken der Räte als Angelpunkt der proletarischen Massenaktion und Revolution erstmalig in die Debatte und in die Praxis des Kampfes. Indes die Erfahrungen der russischen Revolution konnten nicht zur Praxis des revolutionären Proletariats der westeuropäischen Länder und ihrer sozialdemokratischen Parteien werden und zwar einmal, weil die russische Revolution selbst niedergeschlagen wurde und auch selbst, wenn sie siegreich geblieben wäre, nicht die Züge der proletarischen Revolutionen in den Mutterländern des europäischen Kapitalismus getragen hätte, und dann, weil die Zeit der vollendeten und sichtbar werdenden Reife und Ueberreife des demokratischen Systems und der Umschlag des aufsteigenden Kapitalismus in die endgültige Niedergangsperiode mit allen ihren bitteren und lehrsamen Erfahrungen für das Proletariat, seine Bewegung und seine Kampffront noch vor der Tür stand.

Die Maifeier wurde immer mehr zu einem „gewerkschaftlichen" Massenspaziergang und zu einer Saalfeier mit Gesang, Tanz und lächerlicher „Volksbelustigung".

Der 4. August 1914 zerriß alle Blütenträume, soweit sie noch bestanden hatten. Am 1. Mai der Kriegsjahre wateten die Arbeiter im Blut der Schützengräben, schufteten ihre